Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern"

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,30 Mark; durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg GmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Anzeigenpreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter Höhe u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Reklame im Textteil. Manuskripte zu richten nach Halle, Lerchenfeldstr. 14. Tel. 1045, 1047, 2251. Telegr.-Adr.: Klassenkampf Halle. Bankkonto: Commerz- u. Privat-Bank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 106848 Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 15 Pf. | **Halle, Mittwoch, den 13. Mai 1925** | **5. Jahrgang * Nr. 97**

An die Partei!

Aufruf des Zentralausschusses der KPD.

Genossen!

In einer ernsten, schweren Situation hat der Zentralausschuß am 9. und 10. Mai 1925 getagt. Die Situation ist ernst und schwer für die gesamte werktätige Bevölkerung. Die monarchistische Reaktion marschiert. Hindenburg, der kaiserliche Feldmarschall, zieht als Reichspräsident in Berlin ein, um im Auftrage des internationalen Finanzkapitals die Aussaugung des arbeitenden Volkes zu steigern und den Krieg gegen Sowjet-Rußland vorzubereiten. Ernst und schwer ist die Situation für die Partei, weil sie, die einzige Kraft, die die Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten sammeln kann zum Kampf gegen die Reaktion, gerade in dieser Zeit gezwungen ist,

in eine ernsthafte Prüfung ihrer Taktik einzutreten,

sie der neuen Lage anzupassen, kräftiger und geschickter als bisher gegen die gefährlichsten Feinde des revolutionären Proletariats, die sozialdemokratischen Verräter, die die Massen vom Kampf abhalten, zu manövrieren, um alle Kräfte zu mobilisieren, die dem Vormarsch der Konterrevolution Einhalt gebieten können.

Die Taktik, die die Zentrale der Kommunistischen Partei zu dem Zwecke eingeschlagen hat, um den Einfluß der schwarzrotgelben Volksbetrüger zu brechen, sie vor den Massen als das hinzustellen, was sie sind, als die Steigbügelhalter der Reaktion und auf diese Weise

alle oppositionellen Kräfte in der Masse der Arbeiterschaft und der werktätigen Bevölkerung überhaupt unter der roten Fahne des Klassenkampfes zu sammeln,

diese Taktik hat bei einem Teil unserer Parteigenossen Mißverständnisse und eine gewisse Verwirrung hervorgerufen. Gewiß ist es richtig und notwendig, daß jeder neue Schritt, den die Partei tut, aufs schärfste von allen Genossen innerhalb der Partei kontrolliert und geprüft wird, daß in jeder Instanz der Partei und in jeder Zelle die Fragen der Taktik gründlich durchdiskutiert werden, damit kein Zweifel darüber besteht, daß wir bei allen unseren Manövern und bei allen unseren Schritten die unversöhnliche Partei der proletarischen Revolution, die unversöhnlichen Feinde des Opportunismus in jeder Gestalt bleiben, damit die grundsätzliche Grenze, die die Partei seit dem Frankfurter Parteitag von allen opportunistischen Strömungen scheidet, nicht verwischt wird.

Der Zentralausschuß hat ausführlich, gründlich und mit der Schärfe und Klarheit, die einer bolschewistischen Partei notwendig ist, alle Fragen diskutiert; er hat sich in der schärfsten Form gegen alle gewendet, die versuchen, sei es aus Unverstand, sei es aus bösem Willen, Verwirrung in die Partei zu tragen und Mißtrauen zu säen.

Der Zentral-Ausschuß hat gegen wenige Stimmen die Taktik der Zentrale gebilligt.

Die Genossen, die glaubten, nicht für die vorgelegte Resolution stimmen zu können, haben erklärt, sich als Bolschewisten der Parteidisziplin zu fügen, die Beschlüsse des Zentralausschusses in der Gesamtpartei zu vertreten.

Nun gilt es, einheitlich und geschlossen im Sinne der gefaßten Beschlüsse, alle Kräfte einzusetzen, um Klarheit über die Lage und die Aufgabe in die proletarischen Massen zu tragen,

gegen die Strömung der Reaktion die revolutionäre Gegenströmung zu erzeugen

und die Kommunistische Partei, die einzige Arbeiterpartei, in der Tat zur Führerin aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zu machen.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands!
Es lebe die Kommunistische Internationale!

Berlin, den 11. Mai 1925.

Der Zentralausschuß der KPD.
Die Zentrale der KPD.
(Sektion der 3. Internationale.)

Zu den Beschlüssen des Zentralausschusses der KPD.

Von Peter Maslowski

Halle, den 13. Mai.

Vergangenen Sonnabend und Sonntag tagte der Zentralausschuß der Partei. Seine Beschlüsse sind für die Zukunft der Partei von entscheidender Bedeutung. Sie stellen eine sehr wichtige Etappe in der Parteigeschichte dar: **Sie führen die Partei auf ein Manöviergelände, das noch im einzelnen nicht erprobt ist.** Sie verlangen von allen Parteigenossen ein viel höheres Maß von kommunistischer Grundsatztreue bei weiter als bisher gespannter Beweglichkeit, als es jemals ein anderer Parteitag oder Zentralausschuß von uns gefordert hat.

Die Beschlüsse durchführen kann nur der, der **ihren Sinn wirklich versteht.** Hier nur Halbheiten sagen, wäre sträflicher Leichtsinn. Untersuchen wir darum, welche Bedeutung den Worten zukommen, die offiziell geprägt wurden: Grobe Fehler müssen auch grob korrigiert werden.

Was die „groben Fehler" betrifft, so wird es keinen Genossen, der in den letzten Monaten ehrlich um die Lösung des Problems Monarchie — Republik gerungen hat, geben, der diese nicht mit der Hand greifen könnte. Jawohl, wir hatten oft **eine zu starre Taktik.** Es stimmt, daß Millionen von Proletariern in den Kommunisten Leute sahen, denen die Republikfeindschaft schlechthin als entscheidendes Parteimerkmal eigen ist. Millionen von sozialdemokratischen Arbeitern sahen immer nur die Aeußerlichkeit der Abstimmungen in den Parlamenten, bei denen Kommunisten mit Deutschnationalen zusammen gegen Schwarzrotgold stimmten. Daß das von unserer Seite aus grundsätzlich anderen Motiven geschah als von den Reaktionären, das den uns fernstehenden Arbeitermassen in nennenswerter Weise klarzumachen, ist uns nicht gelungen. Dazu kam, daß innerhalb unserer Partei starke Schwankungen in der Art und Weise der Bekämpfung der kapitalistischen Republik bestanden. Das eine Mal kam dieser unser Kampf sehr nahe einer unbedingt falschen Neutralität in der Frage Monarchie und Republik. Das andere Mal mußte — besonders in öffentlichen Versammlungen — bei sozialdemokratischen Zuhörern durch die rein negativen Worte wie Barmat-Republik der Eindruck erweckt werden, als ob wir die Zustände in der Monarchie als besser ansehen würden. Unsere Propagandisten und Agitatoren sind schließlich aus der Erkenntnis heraus, daß die Schwerindustrie die Herrscherin in der Republik geworden ist und die Rückkehr des „wilhelminischen Obrigkeitsstaates" der SPD. mit seinem feudalen Einschlag nicht mehr zu erwarten ist, dazu veranlaßt worden, jede monarchistische Gefahr überhaupt zu leugnen. So entstand bei uns noch fernstehenden proletarischen Massen, natürlich genährt von einer demagogisch sehr geschickten SPD.-Propaganda gegen die „kommunistischen Steigbügelhalter der Reaktion", die tief verwurzelte Ansicht, Kommunisten sind grundsätzliche Gegner der Republik. Demgegenüber haben wir nicht mit genügender Schärfe die wirklichen Helfershelfer der Monarchisten entlarvt. Wir haben nicht früh und nicht deutlich genug die Basis der monarchistischen Gefahr aufgezeigt, die entstanden ist durch die nicht zu Ende geführte Revolution, an der grade die SPD.-Republikaner die Schuld tragen. Wir sind zu spät uns über die Nüancen der monarchistischen Gefahr klar geworden. Es ist das unbestreitbare Verdienst des Genossen Maslow, daß er den Bann gebrochen und das Wesen des Neumonarchismus in der jetzigen Periode des deutschen Schwanzimperialismus aufgezeigt hat. Wir haben schließlich jetzt erst nach manchen Schwankungen eindeutig den Boden der Republik als für den Klassenkampf des Proletariats bedeutend günstiger als den der Monarchie erklärt, und zwar aus dem Grunde, weil in der Republik die Klassengegensätze bei dem Fehlen der monarchistischen Hülle deutlicher werden und darum auch rascher und unvermittelter ausgetragen werden können.

Der Sinn der durch die Zentralausschuß-Beschlüsse vorgenommenen Korrekturen ist nun der, daß wir den Massen, die Schwarzrotgelb noch folgen, durch bestimmte **taktische Manöver** praktisch beweisen wollen, daß der Volksblock samt der SPD. die wirklichen Helfer der Monarchisten, die Kommunisten aber die einzigen Kämpfer gegen den Monarchismus sind.

Grundsätzlich gab es in **diesem** Punkt auf dem Zentralausschuß **keine Meinungsverschiedenheiten.** Sowohl der **Offene Brief** wie das der SPD.-Fraktion des Preußischen Landtags vorgelegte **republikanische Notprogramm** wurden als richtige Mittel, die SPD. und den Volksblock vor eine klare Entscheidung zu stellen und sie so vor den vom Glauben an die Republik noch erfüllten Massen zu entlarven, allgemein anerkannt.

Nur in der Frage, **wie weit** unsere taktischen Manöver gehen dürften, gab es verschiedene Meinungen. Die Frage z. B., ob auch eine bedingungslose Unterstützung einer republikanischen Regierung in ganz bestimmten Momenten monarchistischer Gefahr möglich werden kann und noch ein Manöver oder schon Koalitionspolitik wäre, spielte eine große Rolle. Wer jetzt nach dem Zentralausschuß mit dem ernsten Willen das Parteiwohl über alle persönliche Bedenken zu stellen, die Streitfrage überprüft, wer **wirklich ernst mit dem Problem seit Wochen gerungen hat,** der wird jetzt eins zugeben müssen: **Es ist das Wesen einer Taktik, daß sie nicht programmatisch im voraus festgelegt werden kann.** Was grund-

Hindenburgs Vereidigung auf die Republik

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Programmäßig ist die Vereidigung Hindenburgs zum Reichspräsidenten durchgeführt worden. Der Sozialdemokrat und Reichstagspräsident Löbe brachte Hindenburg um ¾12 Uhr in den Reichstag ein. Gemeinsam fuhren sie im Auto durch die Straßen und ließen sich durch Hochrufe auf „unseren Hindenburg" und durch Schwenken der schwarzweißroten und schwarzrotgelben Fähnchen begrüßen. Im Reichstag selbst war festliche Stimmung, bei den Völkischen wie bei den Sozialdemokraten! Ueber dem Präsidiumtisch liegt die schwarzrotgelbe Fahne, auf die der Monarchist Hindenburg seinen Eid auf die Weimarer Verfassung leisten soll. Die Wand dahinter ist reichlich mit Lorbeer und mit dem Reichswappen geschmückt! Als Löbe kurz nach 12 Uhr seinen Reichspräsidenten in den Saal führte, **erhoben sich die Abgeordneten von den Völkischen bis zu den Sozialdemokraten.**

Im selben Augenblick ertönt bei den **Kommunisten** der Ruf:

Nieder mit den Monarchisten! Es lebe die Räte-Republik!

Nach dem dreifachen wuchtigen Hoch auf die Räterepublik verließen die kommunistischen Abgeordneten geschlossen den Saal und überließen dem vereinigten schwarzrotweißgelben -Block die Vereidigung ihres monarchistischen Präsidenten.

Die sozialdemokratische Fraktion war „gespalten". Es gab mehrere „Fraktionen". Da war die Gruppe der unentwegten „Revolutionäre", die während des „feierlichen" Aktes draußen im Wandelgang blieben, u. a. Zubeil, Levi und Dißmann. Die Spaltung ging im Saale des Reichstags weiter. Da saßen die echten sächsischen „Linken" wie Simon, Lipinsky, Fleißner und andere, die ihren revolutionären Mut vor dem Angesicht des Monarchisten Hindenburg durch das Tragen einer **roten Nelke** kund taten. Die nächste Gruppe trug das **Reichsbannerabzeichen,** um die Treue zu dieser Republik und zu ihrem Präsidenten zu zeigen. Sie dokumentierten den „Volksblock" mit den Kapitalsparteien Demokraten und Zentrum, die ihrerseits wieder die Verbindung zum Rechtsblock, in dessen Regierung sie sitzen, herstellten. Die letzte Gruppe setzte sich aus der Elite der Sozialdemokraten zusammen. **Die Herren Herm. Müller, Sänger, Schulz, Breitscheid, Hildenbrand, waren im Gehrock und Zylinder erschienen.**

Der „feierliche" Akt im Reichstagssaale wurde mit der Ueberreichung der Eidesformel durch Löbe begonnen, der Hindenburg dabei mit **„Herr Feldmarschall"** anredete. Nach dem geleisteten Eide auf diese Republik begrüßte Löbe den neuen Präsidenten und sprach dabei die Hoffnung aus, daß er das Werk des wirtschaftlichen Aufbaues, das Ebert so erfolgreich begonnen habe, fortsetze. Hindenburg, der während der Vereidigung wie eine Holzfigur dreinschaute (wie die vernagelten Holz-Hindenburge aus der Kriegszeit) **antwortete Löbe mit der falschen Anrede „Herr Reichspräsident"** (statt Reichstagspräsident), trotzdem er alles vom Papier ablas. Der monarchistische General redete dabei von der **republikanischen Verfassung, der er sich durch sein Manneswort verpflichtet** habe. (Die deutschnationalen Pressevertreter wurden bei diesem Eifer sehr unruhig), um dann im Stile des Ausreißers von Amerongen von der notwendigen Einigung und Sammlung aller Volkskreise, von der Notwendigkeit, daß alle Parteien zusammengehen müssen, zu sprechen. (Beifall bei den Parteien.) Löbe ließ dann noch das Deutsche Reich hochleben. Vor dem Reichstag schritt Hindenburg dann die aufgestellte Ehrenkompagnie ab, ohne zu vergessen, vorher, gemäß der alten Tradition preußischer Feldwebel, nachzusehen, ob die Front vorschriftsmäßig gerade steht. Während des Theaters vor dem Reichstag sah man natürlich **neben den deutschnationalen Abgeordneten die Sozialdemokraten Keil, Hildenbrand, Schulz und Genossen.** Begleitet von einer Schwadron Reichswehr und Polizei zog Hindenburg ab. Im Reichstag und vor dem Reichstag war nichts von Begeisterung zu spüren. Die Völkischen Verbände und die Kriegervereine riefen programmäßig „hoch". Man versuchte, Hindenburgs früheren Kollegen und kommenden Mitarbeiter Ludendorff hochleben zu lassen! Proletarier waren nicht zu sehen! Die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum waren vertreten.

Die Sozialdemokratie hat während des ganzen Vereidigungsaktes gezeigt, daß der schwarzweißrotgelbe Block einschließlich Hindenburg weiterbesteht.

Pferderennen — die erste Sorge Hindenburgs

Die bürgerliche Presse meldet als erste Veranstaltung, an der Hindenburg nach seinem Amtsantritt teilnehmen wird, die Teilnahme Hindenburgs am Pferderennen in Hannover am 24. Mai. Der Sieger dieses Rennens erhält den Preis persönlich von Hindenburg überreicht. Hindenburg ist sich also seiner Pflichten gegenüber den feudalen Rennstall-Besitzern sehr wohl bewußt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250513-11/fragment/page=0001

sätzlich festgehalten werden muß, das ist die theoretische Grundlage der Taktik und vor allem das Ziel, dem die Taktik einzig und allein dienen soll.

Und über das Ziel gibt es keinen Streit und braucht hier kein Wort mehr verloren zu werden. Wir werden von Fall zu Fall prüfen müssen, ob das jeweils einzuschlagende taktische Manöver dem Ziel wirklich dient.

Die Elastizität und Biegsamkeit unserer Taktik aber wird von manchen Faktoren abhängen. Nur den wichtigsten Faktor wollen wir nennen: Grade wegen des größer gezogenen Radius unseres Manövrierens ist eine leninistische Festigung aller Parteigenossen besonders in den Fragen der Staatstheorie jetzt dringender denn je. Die erst begonnene Bolschewisierung der Partei muß jetzt Hand in Hand mit den bolschewistischen Manövern, die zu unternehmen wir im Begriff stehen, mit um so größerem Ernst und Verantwortungsgefühl durchgeführt werden.

Wenn Brandler-Anhänger Morgenluft wittern sollten, dann muß ihnen von Anfang an mit aller Deutlichkeit gesagt werden, daß sie im großen Irrtum sind, wenn sie auf die Gewinnung des „großen Bruders der SPD." — um auf dem Zentralausschuß richtig geprägte Worte zu wiederholen — jetzt wieder einmal spekulieren, wo wir nur die Waffen geschärft haben, um einen „großen Feind zu schlagen." Die Rolle der KPD. als der einzigen Arbeiterpartei darf in keinem Fall verwischt werden.

Konzessionen an allzubekannte Redensarten wie, „in der Republik ohne Republikaner müßten die Kommunisten die wahren Republikaner sein," wären grade jetzt am verhängnisvollsten. Auch Redewendungen von „guten" und „schlechten", von „ehrlichen" und „unehrlichen" Republikanern und Demokraten bergen in ihrer Auswirkung die schlimmsten Gefahren in sich.

Es muß grundsätzlich daran festgehalten werden, daß die „Güte" oder „Minderwertigkeit" der Republikaner sich nicht nach ihrem Willen richtet, „gute" oder „schlechte" Republikaner zu sein, sondern nach dem Grade der vorhandenen Klassengegensätze.

Dabei muß aber das Wichtigste klar ausgesprochen werden: Es gibt sozialdemokratische Arbeiter, die wir als „ehrliche" Demokraten und Republikaner insofern ansprechen können, als sie wirklich ernst an die Möglichkeit glauben, allein durch die verfassungsmäßigen Mittel der Republik und Demokratie ihre Klasseninteressen vertreten und ihre Klassenziele erreichen zu können. Schlimm, daß es so ist, noch schlimmer, daß es uns bisher so wenig gelungen ist, sie von diesem Wege abzubringen. Aber Tatsachen müssen konstatiert werden!

Wir wissen genau, daß aus diesen verhängnisvollen Illusionen heraus, Hand in Hand mit dem Nichtvorhandensein einer wirklich bolschewistischen Partei mit dem Wissen ihrer Parteirolle in der Zeit akuter Revolution, das Mißlingen einer proletarischen Revolution in Deutschland zu verstehen ist.

Die Beschlüsse des Zentralausschusses, daß muß jeder Parteigenosse richtig erkennen, bedeuten, daß wir jetzt wirklich ernst gewillt sind, diesen Kardinalfehler der proletarischen Bewegung seit der November-Republik zu korrigieren.

In diesem Sinne haben auch die Genossen, die auf dem Zentralausschuß opponiert haben, den ernsten Willen, mitzuhelfen an dem großen Ziel. Alle Kräfte und die besten Kräfte werden jetzt gebraucht, denn noch nie in der Vergangenheit ist die Partei so auf ihre Hieb- und Stichfestigkeit hin geprüft worden, wie es jetzt auf Grund der Beschlüsse des Zentralausschusses der Fall werden muß. Jetzt stehen wir vor der großen entscheidenden Probe, ob wir das, was wir Bolschewisierung nennen, wirklich praktisch anwenden können, ob wir von Lenin wirklich gelernt haben.

Wo solche ernste Dinge vor uns stehen, d. h. gleichzeitig, wo die ernstesten Gefahren selbstverständlich sind, ist Parteidisziplin notwendiger denn je. Verratgebrüll anstimmen, verschmäht jeder, der es mit der Partei ehrlich meint. Ein Kommunist, der wirklich an „Verrat" glaubt, müßte selbstverständlich die Partei verlassen. Unter diesem Gesichtswinkel ist das einstimmig angenommene Vertrauensvotum für die jetzige Führung der Partei und die einstimmig angenommene Feststellung der Körperschaftsdisziplin keine Formsache, sondern, so glauben wir fest, ein absolut ehrliches Bekenntnis aller, die mit Mehrheit des Zentralausschusses beschlossenen Aktionen der Partei mit allen Kräften durchzuführen.

Volksblattphilosophie

Was Ebert nicht getan hat — muß Hindenburg ausführen

Das gestrige „Volksblatt" hat einen Artikel geschrieben unter der Ueberschrift: „Vor und nach dem Eid". Da werden von Herrn Hindenburg alle möglichen Dinge verlangt. Zum Beispiel muß Hindenburg, nachdem er die Verfassung beschworen hat, den Grafen von der Golz „den Garaus machen". Desgleichen muß dem Staatsanwaltsassessor Kuhmann, der die Barmat-Angelegenheit in der Hand hatte, auf das Energischste zuleibe gegangen werden. Zugleich ist Hindenburg verpflichtet, „den geistig unzurechnungsfähigen Kriegshetzern" „den Kampf bis aufs Messer anzusagen." Er muß den Trennungsstrich ziehen gegen diejenigen, die ihn auf den Schild erhoben haben. Er muß die Wucherer und Ausbeuter treffen. Die Kriegsrentner, Sozialrentner, Kleinrentner, Armen und Schwachen, die um die tägliche Notdurft und das nackte Leben ringen, und nicht zuletzt die kämpfenden Gewerkschaften, muß er zu schützen wissen. Wahrhaftig ein nettes Bukett alles dessen, was Hindenburg tun soll und muß. Alle diese Forderungen entspringen, so doziert das „Volksblatt", aus dem abgelegten Eid auf die Verfassung. Wenn Hindenburg das nicht tun würde, so mache er sich des Meineids schuldig. Nun, wir können dem „Volksblatt" im voraus sagen, daß Hindenburg das nicht tun wird. Ein Birnbaum trägt keine Aepfel. Aber all das, was das „Volksblatt" Herrn Hindenburg aufträgt, und was aus dem Eid auf die Verfassung resultiert, das haben die Patentrepublikaner, mit Herrn Ebert an der Spitze, nicht durchgeführt. Sie sind also auch meineidig geworden! Oder haben die Republikaner den Kriegshetzern den Kampf bis aufs Messer angesagt? Wahrscheinlich haben sie diese Aufgabe für Hindenburg aufgespart. Die Patentrepublikaner haben ihren Jahre Zeit gehabt, die Elenden und Schwachen zu stützen. Aber sie haben ihren Eid gebrochen, denn sie haben die Reichen reicher und die Armen ärmer gemacht. Aber jetzt wird es Hindenburg schaffen. Wir haben wahrhaftig selten etwas Unintelligenteres gelesen, als diese Forderungen an Herrn Hindenburg, die die Schmach der ganzen sieben republikanischen Regierungsjahre offenbar werden lassen. Am Schluß dieses Artikels lesen wir noch:

„Wie auch das Volk am 26. April durch seine Entscheidung gegen den heiligen Geist der Freiheit (der Zentrumspfaffe Marx verkörpert also den heiligen Geist der Freiheit. D. Red.) gesündigt haben mag, wir sind nicht grausam genug, ihm einen Präsidenten zu wünschen, dessen Heerbann die Enterbten, wie es altpreußischer Gesinnung entsprach, mit Füßen tritt. Deshalb werden wir wachsam sein, bis Mitternacht und über Mitternacht hinaus. Denn ein Morgen wird anbrechen, der dem Volke das Licht bringt, ein Morgen, an dem die sich heute spreizenden Spukgestalten der dunklen Vergangenheit vor der aufgehenden Zukunftssonne nach allen Himmelsrichtungen zerstieben. Auf „den" Morgen, Herr Generalfeldmarschall von Hindenburg."

Wahrhaftig eine schöne Lyrik, aber die sich heute spreizenden Spukgestalten der dunklen Vergangenheit haben sich erst breitgemacht in der „aufgehenden Zukunftssonne" sozialdemokratischer Regierungsherrlichkeit. Und sie werden nicht nach allen Himmelsrichtungen zerstieben, sondern sich zusammenfinden in brüderlicher Eintracht. Auf „den" Morgen, Herr F. O. H. Schulz, brauchen wir nicht lange zu warten. Wir sind schon mitten darin, wo Sie mit Ihrer Partei zusammen mit Herrn Hindenburg „auf das Wohl des deutschen Volkes" anstoßen werden, wie weiland im Großen Hauptquartier.

Der Morgen des schaffenden Volkes aber wird Sie und Herrn Hindenburg zum Teufel jagen.

Die Feigheit ist Trumpf

oder der Kampf der SPD. gegen Hindenburg

Die „Allgemeine Zeitung" für Mitteldeutschland weiß folgendes zu berichten:

„Die Sozialdemokratische Partei hat ihre Absicht, ein Schmähflugblatt gegen Hindenburg zu verbreiten, aufgegeben. Die Flugblätter waren nach der polizeilichen Feststellung bereits in fast einer Million Exemplaren gedruckt worden, ihre Ausgabe wurde im letzten Augenblick auf Anordnung des Parteivorstandes inhibiert (verhindert)."

Die Demokraten in voller Auflösung

Acht Mitglieder treten aus der Fraktion aus

Schon vor einigen Tagen gingen Gerüchte um, die von einem Auseinanderplatzen der demokratischen Fraktion im Reichstag zu melden wußten. Diese Gerüchte beruhen auf tatsächlichen Vorkommnissen, die wir heute aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben und berichten wollen.

Verschiedene Mitglieder der demokratischen Fraktion sind ausgetreten und im Begriff, zusammen mit der aus der Deutschen Volkspartei ausgetretenen Abgeordneten Frau Katharina von Oheimb, eine „Liberale Vereinigung" zu bilden. Die ausgetretenen Mitglieder sind

Reichswehrminister Geßler,
Graf Bernstorff,
Dietrich (Baden),
Sparrer (Nürnberg),
Wieland (Ulm),
Fischer (Köln),
Fischbeck (Berlin),
Kopsch (Breslau).

Der Senator Stubmann (Hamburg) ist ebenso dieser „Liberalen Vereinigung" beigetreten, die sich in den nächsten Tagen offiziell konstituieren wird.

*

Der Austritt dieser „Demokraten" ist nur die politische Manifestation für die tatsächlichen Verhältnisse. Die „Demokraten" sind praktisch erledigt; die Anhänger der schwarzrotgoldenen Farben kehren zu den alten schwarzweißroten zurü (unter denen es sich doch wenigstens rentable Geschäfte machen ließ und Deutschland „in der Welt voran" war).

Allerdings, den Weg zur offenen Anhängerschaft an die Monarchie können die Herrschaften noch nicht beschreiten. So formieren sie sich eben als schwarzweißrote „Republikaner", um damit zu zeigen, daß sie einmal für die schwarzweißrote Reaktion sind und andernfalls dem Ausland (von dem man doch Kredite braucht) zu bewessen, daß sie für die Hohenzollern- und sonstige degenerierte Sprößlinge nicht eintreten.

Wir glauben, daß dieser Anfang des Zusammenklappens der „demokratischen Republikaner" den Arbeitern, die dem schwarzrotgoldenen Idol nachstarren, über den Wert dieser „Demokraten" und Kampfgenossen der Sozialdemokraten in der Weimarer Koalition die Augen öffnen wird.

Die Dankesquittung der Schwarzweißroten für Noskes Hindenburg-Verehrung

Als am Montagabend der Sozialdemokrat Noske auf den Hannoverschen Bahnhof eilte und unter warmem Händedruck zu Hindenburg sagte: „Millionen Gläubiger Augen blicken auf Sie, unzählige Wünsche geleiten Sie in Ihr neues Amt. Möge es Ihnen vergönnt sein, daß Deutschland wieder stark und mächtig gemacht wird," da schloß er mit einem dreifach schmetternden Hoch auf den neuen Reichspräsidenten Hindenburg.

Die schwarzweißrote Presse weiß Herrn Noske für seine Rede und für seine nationale Tat, daß er als erster den neuen Reichspräsidenten habe hochleben lassen, tiefgefühlten Dank. Die „Allgemeine Zeitung" für Mitteldeutschland, das hiesige Organ der Schwerindustrie, formuliert diesen Dank folgendermaßen in seiner gestrigen Ausgabe:

„Oberpräsident Noske hielt eine Abschiedsrede. Das war nicht sozialistisches Parteigezänk, es waren echte deutsche Worte an einen echt deutschen Mann, der unseres Volkes Führer im Kriege war und nun Führer im Frieden und zum Frieden sein will."

Herr Noske ist sich gleich geblieben. Die Symbole der Ermordung von 15 000 revolutionären Arbeitern, des Massenschlachtens von Millionen Kriegsopfern, reichen sich brüderlich die Hand unter dem Jubel der Schwerindustrie. Der Burgfrieden ist geschlossen, der zweite 4. August ist da. Wie lange wollen noch die Arbeiter blinden Auges diese Dinge mit ansehen?

Zusammenstöße am Hindenburg-Tag

Wir erfahren nachträglich, daß es am Abend des Hindenburgschen Einzuges eine ganze Anzahl von Zusammenstößen von roten Demonstrationszügen und abmarschierenden Nationalistenverbänden gegeben hat. An der Wilmersdorfer Straße wurde ein Arbeitertrupp umringt, es gab eine Schlägerei; ein Arbeiter wurde verletzt. Auf dem Alexanderplatz Zusammenstöße zwischen Bismarck-Jugend und Arbeitern; die provozierenden Bismärcker wurden verprügelt, schließlich von Polizeioffizieren gerettet. In Neukölln erging es eines Bismarck-Trupp gleichfalls sehr übel, sie wurden ordentlich abgewaschen und verloren ihre Fahnen und Abzeichen. Der Polizeischutz kam zu spät für sie. In Schöneberg, wo neulich ein Reichsbannermann von Nationalisten erschossen worden war, gab es um Mitternacht einen schweren Zusammenstoß zwischen einem aus Kommunisten und Reichsbannerleuten zusammengesetzten Demonstrationszug mit einem Polizeiaufgebot. In sämtlichen Arbeitervierteln herrschte bis nach Mitternacht große Erregung. Demonstrationszüge marschierten unter dem Gesang revolutionärer Lieder durch die Straßen. Die Beteiligung von proletarischen Reichsbannerkameraden hat seit dem Wahltag immer mehr zugenommen.

*

Mannheim. Bei der gestrigen vaterländischen Kundgebung zu Ehren Hindenburgs im Musensaal kam es zu schweren Zusammenstößen mit Arbeitern. Der „Rote Frontkämpfer-Bund" und der „Jungsturm" hatten eine Gegendemonstration veranstaltet. Als der Demonstrationszug der Schwarzweißroten den Versammlungssaal verließ, wurde er von einer großen Menge Arbeiter mit Pfuirufen empfangen. Er mußte durch die Polizei zum Bahnhof eskortiert werden. Ein Jugendgenosse, der verhaftet worden war, wurde von der Arbeiterschaft befreit. — Späterhin kam es noch zu Zusammenstößen mit dem Schlageter-Bund, der auf die demonstrierenden Arbeiter einschlug. Der Schlageter-Bund wurde vom „Roten Jungsturm" vollkommen zersprengt und mußte sich in den Schutz der Polizei begeben.

Hindenburg empfängt Otto Braun

Am Mittwoch, dem 13. Mai, 11.30 Uhr, wird der Reichspräsident den preußischen Ministerpräsidenten Braun, in dessen Begleitung sich Staatssekretär Weißmann befindet, empfangen.

Mit Hindenburgs Bemühung wird es wohl endgültig gelingen, die ganz große Volksgemeinschaft, das Kabinett von Severing bis Schlange-Schöningen, zustandezubringen.

Die erste Aufgabe des Reichstags

Hindenburgs Gehalt muß aufgebessert werden

In der gestrigen „Hallescheen Zeitung", dem hiesigen deutschnationalen Organ, lesen wir folgendes:

Auf jeden Fall sollte es eine der ersten Aufgaben des Reichstages sein, dem Reichsoberhaupt diejenigen Bezüge zu gewähren, die für eine würdige Repräsentation notwendig sind. Während der Präsident der Vereinigten Staaten seit 1906 75 000 Dollar Gehalt und 25 000 Dollar Reisespesen bezieht, gewährt die französische Republik ihrem Staatsoberhaupt ein Jahresgehalt von einer Million Goldfranks. Hierzu kommt, wie auch beim Reichspräsidenten und dem Präsidenten der Union, ein völlig eingerichtetes Palais mit Heizung, Beleuchtung und entsprechender Dienerschaft. Die baren Bezüge des deutschen Reichsoberhauptes belaufen sich dagegen nur auf 50 000 Mk., eine Summe, die viel zu gering ist, um den repräsentativen Verpflichtungen genügen zu können, die das Oberhaupt eines Staates von dreiundsechzig Millionen im Interesse ihres Ansehens und ihrer Würde erfüllen muß.

Kaum also haben die Deutschnationalen ihre Vertrauensleute in die geeigneten Stellen gebracht, da fangen sie an zu plärren, daß die Regierungsbeamten zu wenig Gehalt beziehen. Vor Tische las man anders. Vor Tische las man von den enormen Gehältern, die die demokratischen und sozialdemokratischen Beamten bezögen. Heute sind diese Summen viel zu gering und das Volk soll noch mehr an Steuern zahlen, für die hohen Regierungsfunktionäre, wie es schon bezahlt hat. Schmierige Gesellschaft.

Hindenburgs Einzug — ein Fest für die Republik — ein Symbol für die große Volks„gemeinschaft"

Die Berliner demokratische Presse nimmt zum Tage der Vereidigung Stellung und erklärt, daß es ein Fest für die Republik gewesen sei.

In der „Vossischen Zeitung" von heute früh schreibt Georg Bernhard: „Der Tag der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten war ein Tag der Enttäuschung für die Republik; der gestrige Tag, an dem der neue Reichspräsident den Eid der Treue geschworen hat, ist ein Tag der Befestigung der Republik gewesen."

Im „Berliner Tageblatt" von gestern abend jubelt Erich Dombrowski Hindenburg zu und erklärt: „daß die gestrige Vereidigung symbolisch für die große Volksgemeinschaft gewesen" sei. Auf dem Festbankett, das nach der Vereidigung stattfand, sprach Hindenburg in einer Tischrede über Ebert davon, daß sein Verdienst um Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung nach dem Zusammenbruch des Volkes unbestritten sei, das jederzeit dankbar vom deutschen Volke, auch von seinen politischen Gegnern anerkannt werde.

Die unverlöschliche Schuld der republikanischen Parteien

In der Levi-Korrespondenz schreibt der Sozialdemokrat V. M. Huber, einen Artikel, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Eine Revolution wird nicht durchgeführt, damit eine neue Verfassung auf weißem Papier gedruckt werde, sondern ihr Sinn ist, Millionen von Menschen zu befriedigen. Die deutsche Revolution aber, statt Massen von Befriedigten zu schaffen, hat eine Riesenzahl Unbefriedigter entstehen lassen. Die Parteien, die den Volksblock bilden, haben seit den ersten Wahlen in der Aera der Republik etwa neun Millionen Stimmen verloren, die rechten Gegner der Weimarer Koalition in einigen Jahren zehn Millionen Stimmen gewonnen."

Was ist mit der Amnestie?

(WTB.) Berlin, 12. Mai.

Die Nachtausgabe des „Tag" vom 11. Mai enthält eine Notiz über die Amnestie beim Amtsantritt Hindenburgs, wonach die Deutsche Reichsregierung beabsichtigt, am Dienstag, dem 12. Mai, also heute früh, den Erlaß einer Amnestie offiziell anzukündigen und diesen Beschluß in einem Gesetzentwurf zu formulieren. An dieser Meldung ist nur die Tatsache richtig, daß die Reichsregierung sich mit der Prüfung der Frage eines Amnestiegesetzes befaßt hat, wie sie dies bereits dem Abgeordneten Dr. Kahl, als Vor, sitzenden des Rechtsausschusses des Reichstages auf dessen im Auftrage des Ausschusses gestellte Anfrage mitgeteilt hat. Der Abgeordnete Kahl hat von dieser Mitteilung, wie die Zeitungen berichtet haben, den Rechtsausschuß bereits in seiner Notiz vom 6. Mai unterrichtet. Weitergehende Entschließungen in diesem Sinne sind von der Reichsregierung nicht gefaßt worden.

*

Es wird sich schon so verhalten, wie wir das gleich beim Auftauchen des Gerüchtes einer Amnestie vermutet haben: Man wird eine „Amnestie" zurechtzimmern, die die „kommunistischen Schwerverbrecher" im Kasten beläßt, während auch noch der letzte Rest der eingesperrten Monarchisten entlassen wird. Grade wegen dieser „Amnestie" muß der Kampf um eine wirkliche Amnestie jetzt mit verstärkten Kräften geführt werden.

Neun Todesurteile in Sofia

(Eig. Drahtm.) Sofia, 12. Mai.

Im Prozeß wegen der Attentate auf den König und auf die Kathedrale wurden heute vom Kriegsgericht die Urteile verkündet. Der Küster und acht Angeklagte wurden zum Tode verurteilt. Der Aufständische Paskloff wurde zu sechs Jahren und Kumburoz zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung der Angeklagten Abatjoff, Demetroff, Grandscharoff, Petrini und Kosowsky erfolgte in Abwesenheit. Die zum Tode verurteilten sind der Küster Zasbarowsky, Friedmann, Abatjoff, Handke, Demetroff, Grandscharoff, Petrini, Koeff und Kosowsky.

Kamerad Remmele, M.d.R.

spricht am Freitag, abends 8 Uhr, im „Volkspark"

über

Wie wehrt die Arbeiterschaft die Angriffe faszistischer Organisationen ab?

Rote Frontkämpfer, Reichsbannerleute erscheint in Massen!

Ortsvorstand RFB. Halle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250513-11/fragment/page=0002

Der russische Tscherwonez als Zahlungsmittel in Deutschland

Die „Bergwerkszeitung", das Organ der Kohlenbarone, vom 10. Mai schreibt einen längeren Artikel über den russischen Tscherwonez und schildert darin die bisherigen ergebnislosen Verhandlungen, die russische Währung auch in Deutschland amtlich notieren zu lassen. Sie schreibt u. a. wörtlich:

„Es ist bezeichnend, daß man sich heute weder an uns wendet, nachdem vorher allerdings die Notierung in einem andern Staat, eben Italien, durchzusetzen gelungen ist. Die Russen scheinen sich auch dieses Mal nicht in Deutschland verrechnet zu haben; denn, wie wir hören, sind Reichsbank und Auswärtiges Amt auch heute wieder grundsätzlich mit der Notierung einverstanden, ein Standpunkt, gegen den ernsthafte Bedenken in der Tat auch nicht bestehen, da, ohne damit eine Garantie für den Tscherwonez übernehmen zu wollen, dieser ja seit zwei Jahren wirklich stabil ist, und zwar genau so stabil, wie das englische Pfund, und alle Anzeichen, die so günstig lautenden russischen Angaben über den Status der Staatsbank und die verheißungsvollen Aeußerungen des russischen Volkskommissars Stokolnikow in Berlin dafür sprechen, daß der neuen russischen Währung keine Gefahren drohen, außerdem aber die Wirtschaften beider Länder weitgehend auf einander angewiesen sind, wie der rege Warenaustausch beweist.

Gerade der Warenaustausch aber ist es, bei dem die Erinnerung an jene wenig freundliche Art der Russen bei der ersten Anfrage nach einer Notierungsmöglichkeit in Berlin ein Wörtchen mitzusprechen haben wird, indem sie nämlich dafür Sorge tragen muß, daß die berechtigten Wünsche der deutschen Kaufleute endlich Berücksichtigung finden, damit Verluste, wie sie jetzt immer wieder auf deutscher Seite erlitten werden, in Zukunft ausgeschlossen sind. Diese Verluste entstehen nämlich dadurch, daß sich unser Außenhandel mit Rußland bislang ausschließlich in anderen Währungen, Pfunden oder Dollars, abwickelt, nur nicht in Mark oder Tscherwonez! Hat also ein deutscher Kaufmann an einen russischen Zahlungen zu leisten, so muß er erst die nötigen Devisen anschaffen, wobei er oft infolge der häufig beträchtlichen Differenzen der Geld- und Briefkurse der fremden Valuten Verluste erleidet, und zwar doppelter Art, einmal bei der Anschaffung zum Verkaufspreise, und dann bei der Abtretung der Devisen zum Geldkurse an die Russische Staatsbank, um von ihr wieder Tscherwonezen zum Briefkurse zu erwerben. Also in der Tat eine doppelte Verteuerung und ein unständlicher Vorgang obendrein! Würde also der Tscherwonez in Berlin und, was nicht minder wichtig, die deutsche Mark in Moskau notiert, und würde dann gegenseitig in der Währung des eigenen Landes fakturiert, so wäre jeder Verlust für den deutschen Kaufmann ausgeschlossen. Hier muß demnach der deutsche Hebel bei den Verhandlungen um die Notierung einsetzen und der bislang einseitig Rußlands Interessen begünstigenden Finanzierung des Warenverkehrs ein Ende machen. Dringen hier die amtlichen Stellen durch, so stehen der Notierung des Tscherwonez ernstliche Bedenken nicht mehr im Wege."

„Die berechtigten Wünsche der deutschen Kaufleute" sind selbstverständlich achtenswert, wenn sie sich lediglich auf eine Vereinfachung der beiderseitigen Zahlungsmodalitäten beschränken würden. Aber bekanntlich gehen diese „berechtigten Wünsche der deutschen Kaufleute" noch in eine ganz andere Richtung, nämlich in die Richtung der Durchbrechung des russischen Außenhandelsmonopols. In diesem letzten Punkte werden die deutschen Kaufleute beim russischen Staat auf Granit beißen.

Die SPD. stimmt gegen den Achtstundentag

Im sächsischen Landtag stellte Genosse Böttcher folgenden Antrag:

„Die Regierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung die restlose Wiederherstellung der ursprünglichen Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten der Staatsbahnen, insbesondere der Wiederherstellung des Achtstundentages, zu beantragen."

Die SPD. nahm in der Debatte keine Stellung und stimmte zum Schluß mit dem Bürgerlichen gegen den Antrag.

Die Metallarbeiteraussperrung in Schlesien vollzogen

Die zum 11. Mai von den Industriellen der niederschlesischen Metallindustrie angedrohte Aussperrung ist, da die Arbeiter, die im Streik standen, auch weiter den gefällten Schiedsspruch (53 Pf.) ablehnten, prompt vollzogen. 16 000 Arbeiter und Arbeiterinnen sind bisher von der Aussperrung betroffen.

Im ganzen Reiche wird starke Solidarität und Druck auf den Metallarbeiterverband erwartet, daß er dem Kampf nicht — wie so oft — das Genick bricht!

Die Justiz gegen die kommunistische Presse

Ein ganz besonderes Kesseltreiben wurde gegen die Oberbadische Arbeiterzeitung in den letzten Monaten veranstaltet. Gegen den Genossen Schäfers schweben nicht mehr als dreizehn Prozesse. Vier hiervon sind bis jetzt erledigt. Der erste Termin brachte sechs Wochen Gefängnis, der zweite wurde vor dem Schwurgericht Konstanz erledigt und die Ehre des badischen Staates kostete 250 Mk. oder 25 Tage Gefängnis. Letzte Woche wurden noch verschiedene Ehren geflickt, und zwar in einem Falle mit 50 Mk. oder 10 Tage, und im anderen Falle mit 15 Mk. oder 3 Tagen. In dem nächsten Tagen wird die öffentliche Anklage, die vom Oberbürgermeister der Stadt Mannheim angestrengt ist, verhandelt.

„Rote-Hilfe"-Tagung

Das Zentralkomitee „Rote Hilfe" Deutschlands beruft auf Sonntag, den 17. Mai, vormittags 10 Uhr, nach Berlin, großer Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipzigerstraße 3, eine

Reichstagung „Rote Hilfe"

ein, zu der die Polizei- und Regierungsbehörden, sowie die Parlamentsfraktionen und die Presse aller Parteien eingeladen sind und auf der die Frage behandelt werden soll, um deretwegen die „Rote Hilfe" geschaffen worden ist.

Die Tagesordnung lautet

1. Der Weiße Terror und seine Opfer.
   Referent: Schriftsteller E. J. Gumbel, Berlin.
2. Justiz und Klassenmoral.
   a) Das Untersuchungsverfahren.
   Referent: W. Münzenberg, M. d. R.
   b) Prozeßführung und Urteil.
   Referenten: Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, Berlin.
   Rechtsanwalt Dr. D. H. Halbert, Berlin.
3. Strafausschub und Amnestie.
   Referent: Rechtsanwalt G. Obuch, Düsseldorf, M. d. Pr. L.
4. Strafvollzug an politischen Gefangenen,
   a) in Theorie und Praxis.
   Referent: Rechtsanwalt Dr. H. Seckel, Frankfurt a. M.
   b) in Bayern.
   Referent: Schriftsteller Erich Mühsam, Berlin.
5. Die Fürsorge für Familien politischer Gefangener in Staat und Gemeinde.
   Referent: Karl Tiedt, Berlin, Vorsitzender des Bundes internationaler Kriegsopfer.
6. Politische Emigration und Asylrecht.
   Referent: Schriftsteller Felix Halle, Berlin.
7. Die Aufgaben der „Roten Hilfe".
   Referent: W. Pieck, M. d. Pr. L.

Bericht und Neuwahl des Zentralkomitees „Rote Hilfe".

Wir fordern alle Bezirksorganisationen der „Roten Hilfe", sowie alle der „Roten Hilfe" korporativ angeschlossenen Betriebe und Arbeiterorganisationen auf, ihre Vertreter zu dieser Reichstagung, die auf einen Tag berechnet ist, zu entsenden und sofort die Namen der gewählten Vertreter an die Adresse des Zentralkomitees „Rote Hilfe", Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77/78, mitzuteilen. Die Delegationskosten müssen die Organisationen selbst tragen und sind durch besondere Sammlung aufzubringen.

Zentralkomitee „Rote Hilfe" Deutschlands.

Gefängnisarzt Dr. Thiele beurlaubt — Eine lächerliche Anfrage der Demokraten

Der Gefängnisarzt Dr. Thiele, dem die Behandlung Dr. Hoeflers oblag, ist, wie die „Germania" hört, einstweilen beurlaubt worden.

Gleichzeitig hat die demokratische Reichstagsfraktion eine kleine Anfrage eingebracht, die im Zusammenhang mit dem Falle Hoefle von der Behandlung der Untersuchungsgefangenen spricht, die in einer Art erfolge, wie sie eines Kulturstaates unwürdig sei. Die Anfrage der Demokraten schließt mit dem Satz: „Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um eine ausreichende Behandlung der Untersuchungsgefangenen durchzuführen?"

*

Die Behandlung der Untersuchungsgefangenen in der deutschen Republik ist das dunkelste Kapitel der deutschen Rechtspflege. Sie ist es seit Jahren. Es gibt dafür Tausende von Beweisen. Hoefle ist kein Einzelfall und nicht einmal ein besonders krasser. Es ist selbstverständlich, daß diese demokratische Anfrage nur eine Phrase ist, die lediglich aus Agitationsgründen gestellt wurde. Herr Riedner, der bekanntlich Demokrat ist, hätte längst Gelegenheit gehabt, darauf hinzuwirken, daß die Untersuchungsgefangenen nicht so skandalös behandelt werden.

*

Offensichtlich wird diese skandalöse Behandlung der Untersuchungsgefangenen erst, nachdem auch einmal ein Bürgerlicher unter ihr zu leiden gehabt hat. Was den Bürgerlichen nicht recht ist, ist den kommunistischen Untersuchungsgefangenen billig. Was ist der Endeffekt einer solchen Anfrage? Sie wandert in den Papierkorb. Den bürgerlichen Untersuchungsgefangenen wird man Schonung zukommen lassen — die kommunistischen Untersuchungsgefangenen stellt man wie bisher außerhalb des Gesetzes.

Achtung!

Alle Parteigenossen, die am 27. und 28. Mai am Städtetag in Köln teilnehmen, müssen sich sofort bei uns wie auch bei unserem Parteibureau in Köln a. Rh., Aquinostraße 11, anmelden und bei ihrer Ankunft in Köln an der gleichen Stelle nähere Mitteilungen in Empfang nehmen. Die Genossen müssen sich so einrichten, daß sie schon am 26. Mai abends eintreffen, um an der unbedingt erforderlichen Fraktionssitzung, die um 7 Uhr beginnen wird, teilzunehmen.

Zentrale der KPD., Pol-Sekretariat.

Rote Frontkämpfertage

Mannheim. Zwei Rote Frontkämpfertage fanden in Rastatt und Ketsch statt, die einen außerordentlich guten Verlauf nahmen. In Rastatt, einer Kleinstadt in Mittelbaden, marschierten 600 uniformierte Frontkämpfer auf, ebenso 300 Frauen mit roten Kopftüchern. Der ganze Zug zählte ca. 1000 Teilnehmer, was für den kleinen Ort eine sehr große Zahl bedeutet. — In Ketzsch verlief diese Kundgebung ebenfalls sehr gut.

*

Aus Anlaß der hiesigen Stadtverordnetenwahl hatten die Frontkämpfer des Unterbezirks Limbach unter Mitwirkung der kommunistischen Frontkämpfer-Organisation in Limbach einen Roten Tag veranstaltet. Der Demonstrationszug mit 2000 Proletariern hinterließ einen nachhaltigen Eindruck. Tausende standen auf den Straßen Spalier.

*

Leipzig. Der glänzend verlaufene kommunistische Jugendtag fand in Leipzig mit anschließender wuchtiger Demonstration auf dem Reichsgerichtsplatz statt. Verschiedene kommunistische Redner hielten Ansprachen.

Ueberschreitung der Friedensmiete

Die erste Ueberschreitung der Friedensmiete hat Württemberg vorgenommen. Die gesetzliche Miete für gewerbliche Räume ist dort auf 110 Prozent der Friedensmiete festgesetzt.

Der stellvertretende Reichspräsident trollt sich wieder nach Leipzig

(TU.) Berlin, 13. Mai.

Aus dem Bureau des Reichspräsidenten wird mitgeteilt:

Der bisherige Stellvertreter des Reichspräsidenten, Dr. Simons, hat sich noch gestern nachmittag mit dem fahrplanmäßigen Zug nach Leipzig begeben. Staatssekretär Dr. Meißner überbrachte herzliche Grüße des Reichspräsidenten.

Balkankonferenz der Sozialistischen Arbeiterinternationale

Paris, 11. Mai.

Das Exekutivkomitee der Sozialistischen Arbeiterinternationale hat beschlossen, eine Konferenz der Balkanstaaten einzuberufen, zu der eine Untersuchungskommission der Sozialistischen Internationale, bestehend aus von der Delde (Belgien), Tom Shaw (England) und Fritz Adler (Oesterreich), abgeordnet werden soll.

Zankoff will die allgemeine Wehrpflicht wieder einführen

Sofia, 12. Mai. Die bulgarische Regierung hat an die Staaten der Kleinen Entente eine Denkschrift gerichtet, in der sie die Notwendigkeit der allgemeinen Wehrpflicht in Bulgarien zu begründen versucht.

Die Denkschrift charakterisiert die innenpolitische Lage Bulgariens durch alarmierende Hinweise auf die „Gefahr einer bolschewistischen Revolution" und erklärt die Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Bulgarien für die Grundvoraussetzung zur Befreiung des ganzen Balkans.

Dann macht die Denkschrift auf die großen Schwierigkeiten aufmerksam, mit denen die bulgarische Regierung im Kampfe gegen die revolutionäre Bewegung zu kämpfen hat und stellt fest, daß nur die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht Bulgarien eine dauerhafte Ruhe sichern könne. Zugleich mache der bulgarische Staat in seinem Haushalt auf diese Weise eine jährliche Ersparnis von einer Million Lewa.

Amundsen startbereit zum Nordpolflug

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" meldet aus Kopenhagen: Nach der letzten Radiomeldung aus Kingsbay ist Amundsen zu dem Start zu seinem Nordpolflug bereit. Er hat die Reise wahrscheinlich schon heute angetreten. Die beiden Flugboote fliegen zunächst von Kingsbay nach dem von den beiden Begleitschiffen auserwählten Standort. An dieser Fahrt nehmen elf Personen teil.

Taschkent, die brotreiche Stadt

Von Alexander Newerow.

Mischkas Herz stockte, die Haare auf dem Kopfe richteten sich hoch. Wo ist Sibirien? Er sitzt auf dem Dache, Serjoschka aber läuft neben dem Rad her.

„Klettere herauf, Serjoschka, klettere schnell!"

Serjoschka versucht, sich am Wagenvorsprung festzuhalten, der Wagen setzt sich in Bewegung.

„Himmlischer Vater!"

Serjoschka rennt neben dem Rad, bleibt nicht zurück. Sein Atem stockt, der Kopf wackelt, vor den Augen Nebel.

„Wirst nicht einholen!"

Mischkas Herz krampft sich schmerzlich zusammen, es tut ihm leid um den Kameraden; der wird zugrunde gehen. Wird sich auch nicht trauen, nach Hause zurückzukehren. Wenn er jetzt während der Fahrt hinunterspringt, wird er sich zerschlagen. Der Wagen läuft schnell, das Dach wankt hin und her, die Räder rattern.

Serjoschkas Beine verwirrten sich, er stürzte kopfüber.

„Verloren Serjoschka!"

Mischka scheut auf die Station, auf den hingestürzten Serjoschka, denkt an die Verabredung, einander nicht im Stich zu lassen. Was machen? Er wird von der nächsten Station zurückkehren müssen. Der Wagen begann jedoch plötzlich leiser zu gehen, hielt ganz; hat wohl etwas vergessen. Machte einen Ruck nach vorwärts, ging dann rückwärts auf ein anderes Geleis, machte noch einen Ruck, dann wieder auf ein anderes Geleis, und so an fünfmal, hin und zurück. Brachte sie ins Feld hinaus hinter die Station, blieb dann still. Die Maschine puffte, verließ den Wagen.

Der Bauer mit den zwei Säcken flucht.

„Teufel! Dachte, ist ein richtiger Zug, wird mich nach Sibirien bringen..."

Mischka ist heilfroh.

Läuft zur Station, Serjoschka ist nicht da. Läuft an die Stelle, wo Serjoschka hingestürzt ist, die Stelle ist wie weggezaubert. Die Stelle war es doch, oder nein, war es nicht diese? Er raste hin und her, fand endlich den Kameraden neben dem Weichenstellerhäuschen. Serjoschka hat den Kopf auf die Knie gelegt, weint.

Das mißfiel Mischka.

„Warum weinst Du?"

„Du hast mich verloren."

„Wir wollen immer beieinander bleiben, wollen uns genau nach dem Weg erkundigen, nicht mehr aufs Geradewohl einsteigen. Warte hier, ich laufe inzwischen auf die Station, höre zu, was die Bauern sprechen. Geh nirgendshin weg, bleib auf dieser Stelle."

Man kann nicht widersprechen; Mischka ist der Führer.

Serjoschka drückte sich an das Häuschen, schloß die Augen, dachte: „Dummkopf, wozu bist Du nur mitgegangen?"

Er hat Hunger, möchte weinen. Mischka wird ihn vergessen, wird allein in die Bahn einsteigen und fortfahren, er, Serjoschka, kennt aber den Weg nicht nach Hause. Hätte er ihn auch gekannt, er kann doch nicht allein gehen; kommt er an die Schlucht, werden ihn Gauner fassen. Die schlagen auch erwachsene Bauern tot; ihn, den kleinen Jungen, totmachen, ist keine große Sache; eins, zwei — und er ist tot.

Zu Hause sitzen sie und denken: Wann wird Serjoschka wieder da sein? Die Mutter geht von Nachbarin zu Nachbarin und erzählt herum: „Unser Serjoschka ist nach Taschkent gefahren, Brot holen." Die Großmutter wird wohl vor seiner Rückkehr sterben. Die Großmutter ist gut, hat Serjoschka niemals geprügelt. Auch die Mutter ist gut. Und der Fluß! Wäre der Hunger nicht, hätte man den ganzen Sommer darin baden können.

Der Abend kriecht auf die Station heran, hüllt die Bäume in ein schwarzes Tuch. Die Glaskugeln an den Stangen entzünden sich, hinter der Wand, im Häuschen klopft jemand:

„Drrr! Drrr!"

Und Mischka kommt nicht wieder. Er wird in die Bahn steigen und fortfahren.

„Drrr! Drrr!"

Serjoschka will ins Fenster hineingucken, doch an dem Häuschen zieht ein Ungeheuer vorbei mit feurigen Augen; schnaubt, donnert, pufft. Von oben fliegen Funken. Plötzlich prustet es dicht neben dem Häuschen, Rauch steigt an einer Seite direkt auf Serjoschka los. Serjoschka stürzte davon, ließ sein Säckchen mit den Bastschuhen am Häuschen liegen.

6.

Mischka verrichtete zwei Dinge auf einmal: Er erfuhr den Weg nach Taschkent und erbettelte von einem Genossen Reisemunition eine Brotrinde. Er muß selber an alles denken. Serjoschka ist unerfahren. Man wird ihn etwas füttern müssen, damit er nicht ganz entkräftet wird. Mischka steckt die Brotrinde in die Tasche, das ganze Stück reicht für zwei Bissen, und denkt:

„Ich gebe ihm ein klein wenig davon, macht nichts. Er wird es mir später zurückgeben."

Er wollte gleich zum Weichenstellerhäuschen eilen, doch fielen seine Augen auf einen Telegraphenapparat im Fenster. Interessantes Ding. Ein weißes Band kriecht aus dem Apparat hervor, und ein Mann klopft mit den Fingern darauf. Ein anderer Mann mit einem Rohr am Ohr spricht durch den Draht. Selbstvergessen blickte Mischka hin und merkte nicht, wie er die Brotrinde in den Mund steckte. Er erinnerte sich an den hungrigen Serjoschka und bekam Gewissensbisse.

„Warum hab ichs aufgegessen?"

Er lief an die Stelle, wo Serjoschka geblieben war, Serjoschka war aber nicht da. Da ist ja das Häuschen mit dem einen Fensterchen, oder war es ein anderes, ähnliches? Was ist denn nur los, er hat sich wohl ein wenig verlaufen? Er wandte sich nach einer anderen Richtung, kam auf ein Feld. Ein weißer Haufen Stroh liegt da, der Mond steht gerade über einem kleinen Hügel, steht Mischka an. Kein Mensch zu sehen. Aber hinter der Station klopft jemand mit einem Hammer, und im Graben weint jemand leise. Mischka tritt näher, im Graben sitzt ein Bauernweib mit Kindern.

Das Feuer in der Mitte ist am Erlöschen. Die Frau hat zerzaustes Haar. Sie schüttelt den Kopf und spricht:

„Meine lieben Kinderchen, wo sollen wir jetzt hin?"

Und Mischka dachte:

„Wo soll ich jetzt hin?"

Kehrte auf die Station zurück, schrie.

Im Dorf bellte ein Hund.

„Was soll ich jetzt anfangen? Wo suchen?"

„Im Stich lassen? Kann man nicht: Haben sie sich doch verabredet, einander einen Schwur geleistet.

„Was bin ich für ein Dummkopf! Wär ich allein gegangen, es wäre viel besser!"

Mischka setzte sich neben die Tür des Bahnhofes, verfiel in Nachdenken, saß da, die Augen begannen ihm zuzufallen. Er riß sie auf, sie fielen ihm wieder zu. Er erinnerte sich an Serjoschka, seufzte.

„Wird schon nicht verloren gehen. Morgen finde ich ihn."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250513-11/fragment/page=0003

Gewerkschaftsbewegung

Lohnbewegungen, Streiks

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 12. Mai. Die **Fließenleger** stehen seit Montag im Streik. Laut Beschluß einer Belegschaftskonferenz, die am Sonntag in Bochum stattfand, ist der Streik für das ganze Tarifgebiet beschlossen und soll am Mittwoch beginnen.

(Eig. Drahtm.) **Bochum**, 12. Mai. Auf den **Baustellen des Bochumer Vereins** sind 90 Bauarbeiter wegen Lohndifferenzen in den Streik getreten. Die **Maurer** auf der **Rombacher Hütte** haben ihren **Streik beigelegt, weil ihre Forderungen bewilligt** wurden.

Zum Verbandstag des Reichsverbandes der Postbeamten

Vom 13. bis 16. Mai findet in Berlin der 14. Verbandstag des Reichsverbandes Deutscher Post- und Telegraphenbeamten statt. Von all den zahlreichen Postbeamten-Organisationen ist der Reichsverband die weitaus bedeutendste und ausschlaggebendste, weil er die überwiegende Mehrzahl der überhaupt organisierten unteren und mittleren Postbeamten zu seinen Mitgliedern zählt. Der Reichsverband gehört heute dem „neutralen“ Deutschen Beamtenbund an und plätschert gemütlich in dessen wirtschaftsfriedlichem Fahrwasser dahin. Vor einigen Jahren, als in der Beamtenbewegung die Zeichen noch auf Sturm standen, war der Reichsverband auf dem besten Wege, eine wirkliche Kampforganisation der Postbeamten zu werden. Diese Entwicklung wurde jäh unterbrochen, als die damalige freigewerkschaftlich gesonnene Opposition den Verband verließ und eine eigene Organisation gründete.

Dieser Vorgang war ein Musterbeispiel dafür, wie man oppositionelle Arbeit **nicht** verrichten soll. Ohne oppositionelle Führung fielen die Massen der Postbeamten wieder in ihre alten Vorurteile zurück und wurden der Ideologie des Klassenkampfes immer mehr entfremdet.

Wie weit es damit gekommen ist, sieht man heute an den Anträgen zum Verbandstag. Die meisten der Anträge behandeln kleinliche „Standes“-Fragen, wie die Bevorzugung dieser oder jener Gruppe usw. Nicht weniger als sechs Anträge verlangten sogar Beseitigung der Frauenarbeit im Postdienst. Nur ein einziger Antrag fordert uneingeschränkte Wiedereinstellung der abgebauten Beamten, **wogegen** sich übrigens der einflußreiche Verbandsführer, der Zentrumsabgeordnete **Koch**, auf einer Bezirkstagung mit denselben Gründen wie die Regierung ausgesprochen hat. Neben drei Anträgen, die die 48-Stundenwoche fordern, sind verschiedene Bezirksvereine so bescheiden, wenigstens die Innehaltung der 54-Stundenwoche zu verlangen, was ein bezeichnendes Licht auf die Arbeitsverhältnisse im Postbetrieb wirft.

Die Postbeamtenschaft wird gut daran tun, keine allzu großen Hoffnungen auf diesen Verbandstag zu setzen. Es gilt klar, daß eine Organisation, in der ein solcher Geist herrscht, höchstens dazu fähig ist, Petitionen an das Ministerium zu richten, die dort im Papierkorb verschwinden.

Die Postbeamten werden nicht eher aus ihrem Elend herauskommen, ehe sie nicht einsehen, daß es unmöglich ist, durch Wohlverhalten und gute Gesinnung, durch Pflege der Standesvorurteile etwas zu erreichen, sondern ganz allein durch engste Solidarität und Schulter an Schulter und im gemeinsamen Kampf mit der klassenbewußten Arbeiterschaft.

Fabrikarbeiter!

Berichtet sofort die Ergebnisse der Wahlen zum Verbandstag an den „Klassenkampf“!

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg
Bureau u. Kasse. Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001. **Artur Sämisch Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.**

Die für Dienstag und Mittwoch von der Bezirksleitung angesetzten Mitglieder- und Wahlgruppenversammlungen, die Stellung nehmen sollten zum Bezirksparteitag, müssen Umstände halber ausfallen. Die Bezirksleitung gibt heute jeder einzelnen Ortsgruppe genaue Mitteilung, wann diese Versammlungen stattfinden.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Große Funktionärsitzung. Am Donnerstag, 14. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark“. Die Funktionäre der einzelnen Oberbezirke treffen sich ½8 Uhr zwecks Erledigung bestimmter organisatorischer Arbeiten.

Distrikt 13. Donnerstag, 14. Mai, abends 7 Uhr, im „Volkspark“ Sitzung der Funktionäre.

Diemitz. Mitgliederversammlung Freitag, 15. Mai, 8 Uhr, „Gesellschaftshaus“.
Reideburg. Mitgliederversammlung Freitag, 15. Mai, abends 8 Uhr, „Nachtigall“.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Merseburg. Frauenabend Mittwoch, 13. Mai, abends 8 Uhr, in der „Funkenburg“.
Merseburg. Wahlgruppenversammlung Freitag, 15. Mai, 8 Uhr, „Funkenburg“.
Wahlgruppenversammlung der Ortsgruppen Dürrenberg, Teuditz, Tollwitz-Goddula am Freitag, 15. Mai, abends 8 Uhr in Dürrenberg im „Kronprinz“.

Unterbezirk Mansfeld

Wahlgruppenversammlung der Ortsgruppen Gerbstedt, Heiligenthal und Polleben am Sonnabend, 16. Mai, abends 8 Uhr, in Heiligenthal im Lokal Richter.
Wahlgruppenversammlung der Ortsgruppen Oberröblingen, Teutschenthal, Eisdorf, Langenbogen, Höhnstedt am Sonnabend, 16. Mai, abends 8 Uhr, in Teutschenthal im „Würdenhof“.

Unterbezirk Delitzsch

Eilenburg. Mitgliederversammlung Donnerstag, 14. Mai, 8 Uhr, „Stadthalle“.
Delitzsch. Wahlgruppenversammlung Freitag, 15. Mai, abends 8 Uhr, „Lindenhof“.
Freiroda. Mitgliederversammlung Freitag, 15. Mai, abends 8 Uhr, im Gasthof.

Unterbezirk Wittenberg-Bitterfeld

Wolfen. Mitgliederversammlung Freitag, 15. Mai, abends 8 Uhr, Lokal Klingit.
Zahna. Mitgliederversammlung Freitag, 15. Mai, abends 8 Uhr, „Thüringer Hof“.
Wahlgruppenversammlung der Ortsgruppen Brehna und Landsberg am Donnerstag, 14. Mai, abends 8 Uhr, in Brehna, im Gasthof „Zur Erholung“.
Wahlgruppenversammlung der Ortsgruppen Golpa-Zschornewitz, Gräfenhainichen und Gröbern am Sonntag, 17. Mai, abends 8 Uhr, in Gräfenhainichen, bei Eger.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Teuchern. Mitgliederversammlung Freitag, 15. Mai, abends 8 Uhr, „Grüner Baum“.
Wahlgruppenversammlung der Ortsgruppen Selau, Granschütz, Webau und Muschwitz am Freitag, 15. Mai, abends 8 Uhr, in Granschütz im „Sachsenhof“.
Wahlgruppenversammlung der Ortsgruppen Theißen und Streckau am Sonnabend, 16. Mai, abends 8 Uhr, in Streckau im Gasthof Luckenau.
Wahlgruppenversammlung der Ortsgruppen Deuben-Naundorf und Gröben-Runthal am Sonntag, 17. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal Bauer.
Wahlgruppenversammlung der Ortsgruppen Freyburg, Laucha, Bad Kösen, Klosterhäseler und Altenburg am Sonntag, 17. Mai, vormittags 10 Uhr, in Freyburg im Hotel Reidel.

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda

Wahlgruppenversammlung der Ortsgruppen Falkenberg, Liebenwerda, Biehla und Elsterwerda am Freitag, 15. Mai, abends 8 Uhr, in Biehla beim Genossen Lehmann, Breite Straße 4.
Wahlgruppenversammlung der Ortsgruppen Dommitzsch, Lichtenburg, Großtreben am Sonntag, 17. Mai, vormittags 11 Uhr, in Lichtenburg, „Deutsches Haus“.

Empfehlenswerte Literatur
der
Bezirks-Zentralbuchhandlung
Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14
und deren auswärtigen Filialen

Soeben erschienen!

Lenin: **Ausgewählte Werke**, Sammelband, brosch. 6,00 geb.	8,00
Maslow: **Die zwei Revolutionen des Jahres 1917**	
1. Bd.: Die allgem. Voraussetzungen d. russ. Revolution	
4. Lieferung .... brosch.	0,40
Die Organisation der Betriebszellen .... brosch.	0,75
Heinz Neumann: **Was ist Bolschewisierung?** ... brosch.	1,20
Peter Maslowski: **Was ist die deutsche Zentrumspartei?** .... brosch.	1,20
Der Kampf um die Schule .... brosch.	0,20
Hamburg im Aufstand .... brosch.	0,20
Brupbacher: **Kindersegen, Fruchtverhütung, Fruchtabtreibung** .... brosch.	0,50

Versammlungen des „Roten Frontkämpfer-Bund“

Ortsgruppe Halle

Bezirksvorstand. Mittwoch, 13. Mai, 8 Uhr, „Loests Hof“ (Freundlieb) Vollsitzung.

Freitag, 15. Mai, abends 8 Uhr, im „Volkspark“: Oeffentliche Versammlung. Alle zum Donnerstag, den 14. Mai, einberufenen Versammlungen fallen aus.

Berliner Fahrt. Um den Wünschen verschiedener Kameraden entgegenzukommen, hat der Vorstand als Schlußtermin für Geldeinzahlungen endgültig **Sonnabend, 16. Mai**, festgelegt. Den Termin noch weiter hinauszuschieben, ist mit Rücksicht auf die Sicherstellung der Fahrt selbst nicht möglich. Geldeinzahlungen an die bekannten Funktionäre.

Uniformstücke sind zu guten Zahlungsbedingungen bei Kamerad Wengler, Eichendorffstraße 6, zu haben.

Jungsturm

Bezirk Süd. Heute, Mittwoch, abend ½8 Uhr in „Loests Hof“ Zusammenkunft aller Abteilungs- und Gruppenführer.
Bezirk Westen. Freitag abend 7 Uhr am Weingärtenplatz antreten.

Unterbezirk Saalkreis

Gröbers. Freitag, 15. Mai, 8 Uhr, öffentliche Versammlung.

Unterbezirk Merseburg

Lützen. Donnerstag, 14. Mai, 8 Uhr, „Bürgergarten“, Pflichtversammlung.
Dürrenberg. Sonnabend, 16. Mai, 8 Uhr, „Kronprinz“, Pflichtversammlung.

Unterbezirk Bitterfeld

Holzweißig. Donnerstag, 14. Mai, 8 Uhr, Lokal Häser, Pflichtversammlung.

Unterbezirk Naumburg

Naumburg. Kameraden, die nach Eisleben mitfahren, melden sich bis 14. Mai bei Kamerad Kramer, Dompredigergasse 7.

Jungsturm. Mittwoch, ½8 Uhr, Versammlung, Rosalskyweg. Vortrag des Kamerad Beuthan.

Freitag, 15. Mai, gemeinschaftliche Singestunde des RFB. und RJSt., „Drei Wege“. Alle zum Ordnungsdienst bestimmten Kameraden haben auch zu erscheinen.
Sonnabend, 16. Mai, Werbeabend im „Volkshaus“, Anfang ½8 Uhr.

Bekanntmachung

Betr. Statutenänderung

In der am 5. April 1925 stattgefundenen Generalversammlung wurde mit allen gegen eine Stimme beschlossen: Der Geschäftsanteil wird von **20 Reichsmark auf 10 Reichsmark herabgesetzt.** Die Haftsumme der einzelnen Genossen beträgt weiterhin **20 Reichsmark** 1439

Forderungen der Gläubiger sind beim unterzeichneten Vorstand geltend zu machen

Bockwitz, den 10. Mai 1925

Der Vorstand: Meergans, Schüller, Ullrich

Stadt-Theater

Donnerstag 7½ Uhr
„Frasquita“
Margar. Röhner in der Titelpartie
Freitag 7½ Uhr
„Cosi fan tutte“
Ende 11 Uhr
Sonnabend 7½ Uhr
„Kreidekreis“
Ende 10 Uhr

Damentaschen und Rucksäcke
billigst
nur
Schmeerstr. 19
Lederwaren-Spezial-Geschäft

Otto Zschäpe
Lauchstedter Str. 27, I.
Maß-Anzüge
90 Mk.
blau Kammgarn
von **115 Mk.** an
1461
Gute Stoffe
Beste Verarbeitung
Zahlungserleichterung

Windjacken
Gummimäntel
für Damen u. Herren
Anzüge und Hosen
Schulstr. 13 1. Etg.

Anzüge nach Maß
ohne Preisaufschlag
auch auf Teilzahlg.
Schulstraße 13 I

Alle Bücher
können durch unsere
Buchhandlungen
bezogen werden

Achtung!

Morgen Donnerstag: Schlachtefest
Früh 9 Uhr: Wellfleisch
Karl Krug
Zeitz
Schützenstraße 9 638

Die Eröffnung

meines neuen Geschäftslokales ☛ Merseburger Straße 18 (Roter Löwe) ☛ hat stattgefunden

Für das mir bisher entgegengebrachte Vertrauen bestens dankend, bitte ich, mir dasselbe auch im neuen Geschäftslokal zu bewahren und werde ich stets bemüht sein, meiner werten Kundschaft bei billigster Preisstellung mit nur guter Qualitätsware in

Leinen- und Baumwollwaren, sowie Kleiderstoffen 645

bei gediegener Auswahl zu dienen

Neu aufgenomm. Strümpfe u. Kurzwaren

Um meiner werten Kundschaft anläßlich der Eröffnung meines neuen Geschäftslokales besonders entgegen zu kommen, gewähre ich bis einschließlich Sonnabend, den 16. Mai auf meine schon billigsten Preise einen

Extra-Rabatt v. 10%

Theodor Hänsel

Weißenfels, Merseburger Straße 18

Pfingst-Verkauf

zu besonders billigen Preisen
Karos u. Streifen für Kleider und Röcke
Woll-Musseline und Voile für Straßen- und Tanzkleider
640
Wollstoffe in elfenbein
Kleiderstoffe in schwarz für Trauer
Anzugstoffe in haltbaren Qualitäten

K. Albert Hesse, Weißenfels

Parteischriften
Schreibwaren
empfiehlt **Volksbuchhandlung.**

Hotel „Zum Nelkenbusch“

Gegr. vor 1663 **Weißenfels** Gegr. vor 1663

Hiermit zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich meine

Bierstube

seit dem 1. Mai nach vollständiger Neu-Instandsetzung **wieder eröffnet** habe. Die Leitung habe ich Herrn Otto **Lehmann** übertragen 639

Zum Ausschank kommen nur gutgepflegte **Gürthsche Biere** — hell und dunkel — ☛ **Speisen** ☛ in altbekannter Güte zu billigsten Preisen

Hochachtungsvoll **Max Männel**
Besitzer seit 1897

Bekanntmachungen

Das Volksbad in den Pulverweiden einschließlich Luft- und Sonnenbad wird am **15. d. Mts. eröffnet** 1459

Halle, den 11. Mai 1925 **Der Magistrat**

Durch Beschluß beider städtischen Körperschaften ist der Preis für eine Kwst.-Lichtstrom auf 40 Pf. festgesetzt worden. Die Erhöhung tritt mit der am 16. Mai 1925 beginnenden Ablesung für den Verbrauchsmonat Mai in Kraft

Halle, den 12. Mai 1925. 1460 **Der Magistrat.**

Die **Versteigerung der Pfänder** mit den Pfandnummern von 28 361 bis 30 883 (Pfandscheine in blauem Druck) wird vom **Dienstag, dem 9. Juni**, von 9 Uhr vormittags an, im Leihhause, An der Marienkirche 4, stattfinden

Versteigert werden **Taschenuhren** aller Art, sonstige **Gold- und Silbergegenstände**, ferner **Betten, Leib- und Bettwäsche, Schuhwerk, neue und getragene Kleidungsstücke, Zigarren** und verschiedene andere Sachen

Halle a. d. S., den 12. Mai 1925 202

Das Leihamt der Stadt Halle a. d. S.

Volkspark

Sonnabend, den 23. Mai 1925 und Sonnabend, den 6. Juni 1925 sind beide Säle noch zu besetzen

---

Lichtspiel-Theater, Wittenberg
beehrt sich f. Dienstag b. Donnerstag darzubieten:

NORMA

Rollende Räder, rasendes Blut
höchst spannendes Schicksal eines Findelkindes in 2 Teilen
1. Teil: Sünde. 2. Teil: Sühne
Beide Teile (12 Akte) werden gleich zusammen gezeigt
Ich behaupte, daß „Norma“ der gewaltigste Film seiner Art ist, den man je gesehen hat, eine Lebenssinfonie von Arbeit, Leid und Liebe 642
Nur für Erwachsene ☛

Konsum-Verein für Bockwitz und Umgegend eGmbH.

Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Waldauschen Saale in Bockwitz

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht
2. Bericht vom Verbandstag
3. Anträge nach § 14 des Statuts
4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern
5. Festsetzung der Entschädigung für den Aufsichtsrat *1456

Während der Ermittelung des Wahlresultats findet ein kurzer Vortrag des Genossen Streck über die Volksfürsorge und die Feuerversicherungs-Einrichtung des Zentralverbandes deutscher Konsum-Vereine statt. Unseren Freunden und deren Frauen sei der Besuch der Versammlung auf das angelegentlichste empfohlen. Einen vollen Besuch erwartet

Der Aufsichtsrat
Karl Dietrich, Vorsitzender

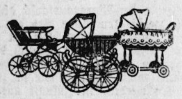
Zeitungsträger

für **Heiligental** sofort gesucht
Meldungen bei **Otto Licht, Lochwitz**

Empfehle allen Genossen und Genossinnen meinen

Herren- u. Damen-Frisiersalon

Gute und schnelle Bedienung zugesichert.
Rich. Kutzschbauch, Gr. Klausstr. 7



Der gute
Kinderwagen
Klappwagen
Stubenwagen

Unübertroffen in größter und schönster Auswahl und **billigste** Preise
Zahlungserleichterungen!
Kinderwarenhaus 1467
Bruno Paris
Brüderstraße 3, 1 Minute vom Markt

Bekanntmachungen

Am Tage der Wahl des Reichspräsidenten sind durch das **Heraushängen von Fahnen** vielfach Störungen in den elektrischen Anlagen verursacht worden. Abgesehen von den Unzuträglichkeiten, die durch eine Unterbrechung der Stromversorgung entstehen, können Menschen und Tiere in Lebensgefahr geraten, wenn, wie es vorgekommen ist, Leitungen durchbrennen und auf die Straße herabfallen

Wir bitten daher dringend, die Fahnen in Zukunft in ausreichender Entfernung von den elektrischen Leitungsdrähten so anzubringen, daß eine Berührung mit den Leitungen nach jeder Richtung hin unmöglich ist

Für Schäden, die durch Berührung von Fahnen mit den Leitungsdrähten entstehen, wird der Verursacher, insbesondere derjenige, welcher die Fahnen ausgehängt hat oder hat aushängen lassen, haftbar gemacht

Eisleben, den 8. Mai 1925
643 **Der Magistrat**

Im Auftrage der **Städte-Feuersozietät der Provinz Sachsen** werden in allernächster Zeit in hiesiger Stadt Prüfungen von **Blitzableiter-Anlagen** durch Sachverständige vorgenommen werden

Den **bei der Sozietät versicherten** Gehöftseigentümern, deren Gebäude mit Blitzableitung versehen sind, ist hierbei Gelegenheit geboten, die Anlagen billig prüfen zu lassen, da die Sozietät zu den Kosten dieser Prüfungen eine **Beihilfe** gewährt

Diejenigen Gehöftseigentümer, welche von dieser Vergünstigung Gebrauch machen wollen, werden ersucht, sich bis zum 18. Mai im Stadtsteueramt, Herrenstr. 10, Zimmer 2, zu melden

Eisleben, den 11. Mai 1925
644 **Der Magistrat**

Druck

sachen

aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossensch. e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. — Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter.

Geschäfts-Eröffnung!

Den geehrten Einwohnern von **Teuchern und Umgegend** zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich in

Teuchern, Oberstraße 6

ein Geschäft mit 641

Manufaktur- und Baumwollwaren, Wäsche-, Kurz- und Strumpfwaren

eingerichtet habe. Mein Prinzip wird immer sein: **Gute Qualitäten, billige Preise** und bitte mich in meinem Unternehmen gütigst zu unterstützen

Hochachtungsvoll **L. Just, Teuchern**

Familien-Nachrichten

Graphischer Hilfsarbeiter-Verband
Ortsgruppe Halle a. d. S.

Montag morgen, 3¼ Uhr, entschlief an der Proletarierkrankheit unser Mitglied 1466

Frieda Eichelmann

Ein ehrendes Andenken werden wir ihr bewahren

Trauerfeier Donnerstag, nachmittags 1½ Uhr, in der kleinen Kapelle des Gertraudenfriedhofes

Der Vorstand

Vergnügungsfahrten
für Vereine, Schulen usw. führt aus
1463
Otto Kretsch
Böllberger Weg 83, part.
Billigste Preise
Bestellungen bitte nur nach der Wohnung

Hiermit sagen wir allen Genossinnen und Genossen, sowie allen Spendern für den Gedenkstein und für die unserem Sohn **Kurt** am 10. Mai 1925 erwiesenen Ehrungen unseren herzlichsten Dank *1457

Im Namen aller Angehörigen:
Familie Karl Kittelmann
Delitz am Berge

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101925051 3-11/fragment/page=0004
DFG

Resolution des Zentral-Ausschusses über politische Lage, Aufgaben und Taktik der Partei*)

I. Zur Lage

Die politische Entwicklung der letzten Monate hat die Richtigkeit der Analyse der Thesen des Januar Z.-A. vollauf bestätigt. Diese Analyse muß auch zum Verständnis der Situation, die sich bei den Präsidentenwahlen gezeigt hat, zugrundegelegt werden. Die politische Lage in Deutschland ist durch drei Momente gekennzeichnet: 1. Die Einigkeit der gesamten Bourgeoisie in der politischen Grundfrage: Erfüllung des Dawes-Paktes; 2. Fraktionskämpfe innerhalb der Bourgeoisie um den Gewinnanteil, die Postenbesetzung und die Technik der Unterdrückung der Massen bei der Durchführung der Dawes-Politik, in denen der von der Volkspartei geführte schwerindustrielle Flügel seine Politik durchsetzt; 3. Depression innerhalb des Proletariats, das in seiner Masse der Stabilisierung des Kapitalismus und dem Republik-Schwindel der SPD. noch nicht genügend mißtraut und nur sehr allmählich wieder zum Klassenbewußtsein erwacht und für Tagesforderungen in Bewegung gerät, von denen es spürt, daß es auch sie nicht ohne harten Kampf durchsetzen kann.

1. Die Dawes-Politik

Die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten bedeutet nicht eine Rebellion von Teilen der Bourgeoisie gegen die Erfüllungspolitik, sondern sie ist umgekehrt ein Mittel der Bourgeoisie, die nationalistische Opposition im Kleinbürgertum zu ersticken und alle Kreise des Bürgertums auf die Dawes-Politik zu einigen. Trotz des großen Steuerüberschusses hängt die deutsche Stabilisierung von amerikanischen Krediten ab. Die Parteien des Reichsblocks empfehlen daher auch die unbedingte Dawes-Treue Hindenburgs. Hindenburgs Programm ist das der Volkspartei und der Luther-Regierung. Die Opposition der Volkspartei gegen die Hindenburg-Kandidatur entsprang nur der Besorgnis, diese nationalistische Demonstration mit allzu großen Kompensationen an Frankreich bezahlen zu müssen.

In der Wahl Hindenburgs kommt aber zugleich noch stärker und unverhüllter der Wille der Bourgeoisie zum Ausdruck, den Druck auf die werktätigen Massen zum Zwecke der vollkommenen Ueberwälzung der Reparationslasten zu verschärfen. Schon jetzt, wo während des Dawes-Moratoriums der ökonomische Druck verhältnismäßig geringer ist, sucht die Bourgeoisie durch terroristische Mittel den Widerstand des Proletariats zu ersticken (Blutbad in Halle, Todesurteile im Leipziger Prozeß, Neuaufleben des Fascistenterrors, Massenaussperrungen, sogar Prozesse gegen das Reichsbanner). Die Steuerpläne der Luther-Regierung in Verbindung mit der Unternehmeroffensive werden eine noch schärfere politische Unterdrückung notwendig machen. Die Absicht dazu kündigte die Bourgeoisie durch ihre beiden Kandidaten Hindenburg und Marx an. Das ist das Hindenburg-Programm, das durch die Demagogie „Aufstieg durch den Burgfrieden" maskiert werden soll.

Während die Bourgeoisie sich gegenwärtig mit ihrer Abhängigkeit vom Entente-Imperialismus abgefunden hat, denkt sie keineswegs daran, dauernd auf eine imperialistische Politik zu verzichten. Sie versucht vielmehr, die imperialistischen Gegensätze auszunützen, um als Bundesgenosse einer Mächtegruppe im Auftrage und in völliger Abhängigkeit von dieser wieder eine aktive Außenpolitik zu treiben, und die Wiederherstellung der imperialistischen Machtstellung Deutschlands vorzubereiten. (Eintritt in den Völkerbund, Mandat über Kolonialgebiete, Garantiepakt.) Dies ist der Sinn des Garantiepakt-Angebots, durch das einerseits das imperialistische England Deutschland gegen seinen europäischen Hauptgegner, Frankreich, ausspielen will, andererseits das afterimperialistische Deutschland Englands Hilfe zu gewinnen und zugleich in Verbindung mit dem Beitritt zum Völkerbund auch von Frankreich durch das Angebot der Waffenhilfe gegen Sowjet-Rußland größere Bewegungsfreiheit einzuhandeln sucht. So glaubt die Luther-Regierung Erleichterungen der Entwaffnungsbestimmungen, Beschleunigung der Räumung und neue Kolonialmandate erreichen zu können. In der einheitlichen Zustimmung aller bürgerlichen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, zu dieser abenteuerlichen, illusionistischen, afterimperialistischen Außenpolitik, zeigt sich am deutlichsten die Einigkeit der Bourgeoisie in den grundlegenden politischen Fragen. Die Durchführung dieser Außenpolitik erfordert die Konzentration der gesamten Staatsgewalt in der Hand der willfährigsten Agenten des Finanzkapitals. Hindenburgs Aufgabe wird es sein, diese Politik durch seine Autorität als „national" zu decken. Diese „nationale" Politik ist in Wirklichkeit englische imperialistische Politik. Die Regierung Baldwin-Chamberlain spielt so ein sicheres Spiel und kann das Hindenburgsche wie das Marxsche Deutschland sowohl als Verbündeten kommandieren und als Kanonenfutterlieferanten einsetzen, wie auch als Kompensationsobjekt bei einer Einigung mit Frankreich benutzen.

2. Die Fraktionskämpfe innerhalb der Bourgeoisie

Die Einigkeit der Bourgeoisie in diesen Grundfragen kommt zum Ausdruck in der Luther-Regierung, in der Erklärung von Marx, daß sich seine Kandidatur nicht gegen diese Regierung richtet, in Hindenburgs pazifistischen Schwüren. Andererseits zeigt der Präsidentschaftswahlkampf sowie die schon monatelang andauernde Preußenkrise, die in den Thesen des Januar Z.-A. ausführlich gekennzeichneten und seitdem noch ersichtlicher gewordenen Interessengegensätze zwischen verschiedenen Gruppen der Bourgeoisie. Ein Teil des Bankkapitals, des Handels, der Fertigindustrie und der Teil der Industrie überhaupt, der an die ausschlaggebenden Konzerne der Schwerindustrie nicht angeschlossen ist und daher in den wirtschaftspolitischen Fragen diese nicht allein entscheiden lassen will, nützt den Kampf des katholischen Klerus und der SPD.-Bureaukratie um die Posten im Staatsapparat sowie die Opposition der im Lager der bürgerlichen Demokratie stehenden Kleinbürger und Arbeiter für seine Interessen aus. Dieser Teil ist ökonomisch reaktionär, wie seine Widersacher politisch reaktionär sind und ökonomisch auch schon nur noch die Stagnation repräsentieren. Der Kampf der sogenannten republikanischen Parteien wird entsprechend der Schwäche der realen Kräfte, die hinter ihnen stehen, rein defensiv geführt, nicht für die Ausschaltung der Rechtsparteien von der Regierung, sondern für die Teilnahme der Linksparteien, insbesondere der SPD. an der Regierung. Ein ernsthafter Machtkampf zwischen den Fraktionen der Bourgeoisie ist unmöglich, weil der linke Flügel der Bourgeoisie nur mit Hilfe des Proletariats den schwerindustriellen Flügel schlagen könnte, ein solcher Kampf aber die Klassenherrschaft der Bourgeoisie überhaupt in Frage stellen würde. Marx ist kein Vertreter der Weimarer Koalition, sondern der „Volksgemeinschaft", und das Zentrum ist keine „republikanische" Partei, sondern eine Partei der Schwerindustrie, welche in den „Volksblock" ebenso hineingeschickt wird, wie die SPD. in die „Große Koalition" in Sachsen und Hamburg, um die „Hand im Spiel" zu behalten. Auch die Sozialdemokraten bekunden in dieser Situation ihre Bereitschaft zu jeder Koalition.

Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß die Grenzlinie zwischen Rechts- und Linksparteien nicht scharf gezogen ist, daß die Gruppierung der Parteien nicht starr ist. Die Schwerindustrie und ihre Parteien werden bei einer Verschärfung der Klassenkämpfe oder bei außenpolitischen Schwierigkeiten wiederum mehr die „linke Hand" der Bourgeoisie, die SPD., zur Niederhaltung des Proletariats verwenden. Es handelt sich also um eine reaktionäre Masse gegenüber der Revolution und ihrer Partei, aber um Fraktionen mit realen Interessengegensätzen innerhalb des „stabilisierten" Kapitalismus. Diese Gegensätze und die durch sie erzeugten Risse muß die KPD. zu vergrößern suchen.

3. Die monarchistische Gefahr

Die monarchistische Konterrevolution ist in Deutschland auf dem Vormarsch. Das ist eine grundlegende Tatsache der deutschen Politik, die durch die Wahl Hindenburgs besonders augenscheinlich wurde. Die Strategie und Taktik, die zur Sammlung der Massen gegen die monarchistische Reaktion notwendig ist, richtig zu bestimmen, muß man über die Bedeutung und den Klassencharakter der monarchistischen Reaktion klar sein.

Der Konzentration des Kapitals in der Hand des Finanzkapitals und der weitgehenden Ausschaltung der freien Konkurrenz entspricht in der Epoche des Imperialismus auf politischem Gebiete die Konzentration der Staatsmacht in der Hand einer starken Regierung mit reaktionären Tendenzen, die mit den Krisen des Imperialismus wachsen. Diese Tendenz findet bei den imperialistischen Mächten, die sich unter großen Schwierigkeiten durchsetzen oder behaupten, in eigenartigen Erscheinungen, die als „Fasizismus" bezeichnet werden, Ausdruck. (Italien, Frankreich, wo ein klerikaler Fasizismus wächst, England, wo ein Fasizismus aufkommt, Vereinigte Staaten, wo ein ganz reaktionärer bureaukratischer Militarismus Hand in Hand mit Ku-Klux-Klan, mit gelben Sozialfasizismus, arbeitet.) In Deutschland, wo die Bourgeoisie in ihrer Abhängigkeit vom auswärtigen Imperialismus unter den schwersten Bedingungen einen neuen Schwanz-Imperialismus zu entwickeln sucht, zeigt sich diese Tendenz im Wachsen der monarchistischen Reaktion. Die monarchistische Tendenz der bürgerlichen Konterrevolution in Deutschland ist in folgenden Tatsachen begründet:

a) Die entscheidenden Positionen des Staatsapparates (Reichswehr, Bureaukratie, Justiz, Polizei) sind von jeher in der Hand überzeugter Monarchisten, weil die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Regierungen schon seit dem Jahre 1918 das revolutionäre Proletariat nur mit Hilfe dieser monarchistischen Gruppen niederschlagen konnten. Dabei haben die SPD. und die anderen „republikanischen" Parteien zugleich im Kampfe gegen das Proletariat die Macht des Staatsapparates bis zum äußersten gesteigert, die verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments auf ein Minimum reduziert (§ 48) und dadurch der monarchistischen Reaktion den Weg bereitet. Der Zwang für die Bourgeoisie, mit den monarchistischen Junkern, Offizieren und Bureaukraten zusammenzuarbeiten, besteht in verstärktem Maße fort, stärkt dauernd die monarchistischen Positionen und gibt dem Finanzkapital den willkommenen Anlaß, die reaktionärsten Klassen, Schichten und Einrichtungen für seine Zwecke auszunutzen.

b) Die Erinnerungen an den „Glanz" imperialistischer Traditionen Deutschlands sind mit der monarchistischen Vergangenheit ebenso eng verbunden, wie der Zusammenbruch des früheren deutschen Imperialismus mit der Republik. Jede monarchistische Demonstration, wie z. B. die Wahl Hindenburgs, ist für die Kleinbürger ein Symbol des Wiedererstarkens „des Reichs", seiner gebesserten Position, der Aussicht auf „glanzvolle Wiederkehr der alten wehrhaften Macht". Diese gefühlsmäßigen Zusammenhänge nutzt die Bourgeoisie bewußt und planmäßig aus, um sich die Kleinbürgerklasse zu verbinden, was ihr in hohem Maße bereits gelungen ist, sowohl in der Stadt wie auf dem Lande. Da die Bourgeoisie dem Kleinbürgertum kein Brot, nichts Materielles geben kann, füttert sie die Kleinbürger mit „Idealen", mit Fetischen, mit Symbolen, mit dem Versprechen, den Glanz des Kaisers Barbarossa und des alten Fritzen wiederherzustellen. Dieser „ideale" Ersatz für handgreifliche Materie ist wirkungsvoll und gefährlich und kann nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn man die Kleinbürger gerade in Kämpfe um „Materie" bringt.

Eine der Methoden zur Festigung der monarchistischen Ideologie, die den Staat als etwas heiliges, über den Klassen und Parteien schwebendes, fester im Bewußtsein der Massen verankert, ist die wachsende Schulreaktion. Auch für die kulturelle Reaktion trägt die SPD. die volle Verantwortung, da sie für die Trennung von Kirche und Schule nichts getan, sondern das Weimarer Schulkompromiß abgeschlossen hat. (Auch deshalb haben die klassenbewußten Arbeiter in Marx keinen Gegen-Kandidaten gegen den Monarchismus sehen können.)

Deshalb wird die monarchistische Konterrevolution in Deutschland solange eine ernsthafte Gefahr bleiben, als die bürgerliche Republik besteht. Die Gefahr der Restauration ist noch nicht unmittelbar akut, weil ihr folgende Tatsachen entgegenstehen:

a) die außenpolitischen Schwierigkeiten, besonders bei Frankreich. Diese dürfen jedoch nicht überschätzt werden, weil England unter Umständen versuchen kann, ein monarchistisches Deutschland gegen Frankreich auszuspielen und Frankreich ein monarchistisches Experiment begünstigen würde, das zu Frankreichs Nutzen die Einheit Deutschlands zerschlagen könnte;

b) der zu erwartende Widerstand der Arbeiter, der aber desto geringer einzuschätzen ist, je mehr sich die Arbeiterschaft der Führung der SPD. anvertraut, die im entscheidenden Augenblick versuchen wird, die Arbeiter vom Kampf abzuhalten.

c) das Fehlen eines Kandidaten, auf den sich die ganze Bourgeoisie einigen könnte. Dem stehen die starken partikularistischen Tendenzen entgegen und die Gefahr, den „idealen" Paradiesvogel als Köder für die Kleinbürger einzubüßen, wenn der gerupfte Aasgeier einer Ostermonarchie real wird.

Die verhältnismäßig geringe Erregung, die die Kandidatur Hindenburgs im In- und Auslande hervorgerufen hat, ebenso wie seinerzeit die bezeichnende Mitteilung des Reichskanzlers Luther in seiner Antrittsrede, daß die Reichsregierung vorläufig die Beibehaltung der Staatsform beschlossen habe, zeigen gleichzeitig deutlich, daß die ersten beiden Gegentendenzen nicht überschätzt werden dürfen. Andererseits spiegelten die Auseinandersetzungen in dem Loebell-Ausschuß die Schwierigkeiten wider, die sich bei der Frage des Thronprätendenten heute noch ergeben.

4. SPD. und Reichsbanner, das Erwachen des Klassenbewußtseins bei den SPD.-Arbeitern

Der Hinauswurf der SPD. aus den Regierungen im Reich und in Preußen erfolgte, weil sich der stärkste Teil der Bourgeoisie, die Schwerindustrie, der Arbeiterschaft so überlegen glaubt, daß er auf die Hilfe der SPD. als amtierende Hausknechte und bezahlter Agenten verzichtet und sie für sich zweckmäßiger als „Opposition" verwendet, d. h. als stellungslose Hausknechte (also stellungsuchende Hausknechte) und freiwillige Gratisagenten in edler Pose. Diese Hinausdrängung der SPD., die sie zur „Opposition" zwang, hat ihre Stellung innerhalb der Massen zunächst gefestigt. Es ist besonders bemerkenswert, daß die Stärkung des Einflusses der SPD. auf die Arbeiter bei den Präsidentenwahlen, ebenso wie bei den Reichstagswahlen im Dezember sich deutlich zeigte, obwohl die SPD. nicht als proletarische Opposition, sondern als der zahmste Teil der bürgerlichen „Opposition" auftritt. Der SPD. und dem Reichsbanner ist es trotzdem gelungen, breite proletarische Massen unter der Parole „Gegen die Reaktion, für die Republik" auf ihre Seite zu bringen. Das ist ein Beweis dafür, daß wir, bei durchaus richtiger politischer Linie im einzelnen (Propaganda, Agitation, Manöver) Fehler gemacht haben.

Die ersten Anzeichen einer ernsthaften Auflehnung der SPD.-Arbeiter gegen die „republikanische" Koalitionspolitik zeigten sich beim zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Die Kandidatur Braun war bei der Arbeiteropposition der SPD. als Beginn der Rückkehr zur Klassenpolitik aufgefaßt worden. Desto stärker mußte sich der ekelhafte, dabei auch noch unsühnig durchgeführte Kuhhandel zwischen SPD. und Zentrum, der zur Marx-Kandidatur führte, auswirken. Die Kandidatur Hindenburgs hat in der SPD. nur vorübergehend gedämpft, sie konnte offene Rebellion der Arbeiter in den opositionellen Bezirken (besonders wo eine starke proletarische Freidenkerbewegung vorhanden ist) nicht mehr verhindern.

Aber das zeigt der KPD., daß sie es noch nicht verstanden hat, in relativ günstiger Situation die nötige Geschmeidigkeit, Vielseitigkeit, Gewandtheit, bei größter Festigkeit und Klarheit in allen Grundsätzen anzuwenden. Die Partei muß schnell die Folgerungen ziehen und lernen, ihre richtige Linie, die durch die Ereignisse bestätigt worden ist, viel besser und mit viel größerem Erfolg bei den Massen, und zwar den Arbeitermassen, wie den kleinbürgerlichen (insbesondere auf dem Lande, bei den Kleinbauern) lebendig zu machen und durchzusetzen. Der verstärkte faszistische Terror und das zu erwartende noch offenere Abschwenken der bürgerlichen „Republikaner" sowie der SPD.-Führer nach rechts wird das Reichsbanner (diese Zersetzung hat in allen Teilen des Reiches durch die Verbrüderung der proletarischen Reichsbannerleute mit dem RFB. und Jungsturm begonnen und muß systematisch gefördert werden) zersetzen, wenn wir verstehen werden, diesen Prozeß zu fördern und den Massen klarzumachen. Diese Abkehr der SPD.-Arbeiter von der bürgerlichen Politik und ihr Wille, gegen die Reaktion zu kämpfen, wird die Opposition in der SPD. stärken, die „linken" Führer der SPD. werden dann erneut die Rolle von „Puffern" zu spielen suchen. Ihnen das durch „Unterstützung", so, wie der Strick den Gehängten unterstützt", unmöglich zu machen, ist eine Aufgabe der KPD. So bietet sich der KPD. die Möglichkeit, den Republikschwindel der SPD. und die Abwürgungsmethoden bei den Wirtschaftskämpfen zu durchkreuzen und die Arbeitermassen auf den Boden des Klassenkampfes zurückzuführen, gleichzeitig aber alle ihre korrupten Führer, die rechten wie die „linken", als Agenten der Bourgeoisie zu entlarven. Unsere wichtigste strategische Aufgabe ist es, die Führung des wirklichen Kampfes gegen die Hindenburg-Reaktion zu erringen, die Unsühnigkeit der Hindenburg-Republikaner zum wirklichen Kampf gegen die Monarchisten nachzuweisen, dadurch ihren Einfluß zu brechen und alle oppositionellen Strömungen in die Richtung des proletarischen Klassenkampfes zu lenken.

II. Unsere Aufgaben

Die Aufgaben der Partei sind durch den Januar Z.-A. vollkommen richtig bestimmt worden. Die Sammlung der Massen um Teilforderungen zu Teilkämpfen, die Eroberung der Gewerkschaften und die Schaffung fester Positionen in den Betrieben bleibt unsere dringendste Aufgabe. Angesichts der politischen Zuspitzung und der Korrumpierung großer Teile der Arbeiterschaft durch die bürgerliche Reichsbannerpolitik ist es jedoch notwendig, die wirtschaftlichen Forderungen enger mit politischen zu verknüpfen und der Politik durchaus die beherrschende Rolle zu sichern; den Kampf gegen die Kapitalsoffensive, gegen die Dawes-Politik mit dem Kampf gegen die monarchistische Reaktion zu verbinden und zu beweisen, daß die ökonomischen Verbesserungen von politischen Erfolgen abhängen. Nur wenn wir den Zusammenhang zwischen der von der SPD. propagierten Dawes-Politik und dem Vormarsch der imperialistisch-monarchistischen Reaktion klar aufzeigen und die antimonarchistischen Kampfforderungen mit den wirtschaftlichen Klassenforderungen des Proletariats und unseren Endlosungen propagandistisch verknüpfen, werden wir die Führung im Kampfe gegen die Reaktion erringen, die Zersetzungsmanöver der SPD. parieren, die proletarische Rebellion im Lager der SPD. fördern und auch die kleinbürgerlichen, von der Hindenburg-Politik bedrohten Schichten unter unsere Führung bringen und zu Verbündeten des Proletariats machen. Unser Kampf für Teilforderungen findet zunächst seinen organisatorischen Sammelpunkt in der Kampagne zur Vorbereitung des ADGB.-Kongresses und der Verbandstage. Er muß politisch konzentriert werden auf die Propaganda der internationalen und nationalen Gewerkschaftseinheit, wie Anschluß der deutschen Gewerkschaften an das anglo-russische Einheitskomitee, Entsendung von Gewerkschaftsdelegationen nach Rußland, zur Abwehr der internationalen Kapitalsoffensive und des drohen-

---

An die proletarischen Gefangenen!

Genossen!

Der Zentralausschuß der Kommunistischen Partei Deutschlands gedenkt der vielen Tausende Parteigenossen und der anderen revolutionären Proletarier, die als Opfer der Weißen Justiz hinter Kerkermauern schmachten. Der Zentralausschuß tagt in einem Augenblick, da durch die Wahl Hindenburgs die Konterrevolution vor der Erreichung ihres Zieles steht, der offenen Aufrichtung der Monarchie. Das ist die Folge des Verrats der Sozialdemokratischen Partei, der Koalitionspolitik, der Arbeitsgemeinschaft. Nicht nur in Deutschland, in der ganzen Welt rast der Weiße Schrecken. In Italien, in Polen, in Ungarn, in Rumänien, in Litauen, in Estland schmachten Zehntausende Revolutionäre hinter Kerkermauern. In Bulgarien ist der Blutrausch Zankoffs noch nicht gestillt. Hunderte hat er wie die Hunde niedergeknallt, Tausende gemartert, Tausende in Ketten gelegt. In Deutschland ist die Kommunistische Partei die einzige Partei, die einzige Vorkämpferin gegen die monarchistische Reaktion. Ihr seid die lebendigen Zeugen dieses Kampfes und des Verrats der Sozialdemokratie. Eure Gefangenschaft ist die beste Widerlegung des demagogischen Schwindels, daß Hindenburg auf den Schultern Thälmanns durch das Brandenburger Tor eingezogen ist. Wir sind überzeugt, daß das Proletariat Deutschlands sich bald zusammenschließen wird zum einigen Kampfe gegen die monarchistische Reaktion unter Führung der Kommunistischen Partei. Nur dieser Kampf wird Eure Zuchthausketten sprengen.

Genossen! Haltet aus!

Lauter als bisher wird das revolutionäre Proletariat fordern:

Heraus mit den proletarischen Gefangenen!

Nieder mit der weißen Justiz!

Es lebe der Kampf um Eure Befreiung!

Berlin, den 10. Mai 1925.

Zentralausschuß der KPD.
Zentrale der KPD.

---

*) Wir bringen in dieser Nummer zunächst die Ergebnisse des Zentralausschusses der KPD., der am 9. und 10. Mai in Berlin tagte. Den Versammlungsbericht, den wir aus technischen Gründen heute zurückstellen müssen, lassen wir folgen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250513-11/fragment/page=0005

den imperialistischen Krieges, die Einbeziehung der Wirtschaftskämpfe in diesen Zusammenhang zu ihrer Stärkung und Zusammenfassung notwendig. Die Fragen: Was tut der ADGB. gegen die Hindenburg-Luther-Reaktion, für den Achtstundentag, für die Amnestie, für die Gewerkschaftseinheit? — müssen bei der Arbeit im Proletariat im Vordergrunde stehen. Gleichzeitig müssen wir unsere konkreten Steuerforderungen stellen und um diese nicht nur die Proletarier, sondern auch die Kleinbürger und Bauern sammeln, und zwar so, daß wir den politischen Sinn unseres Kampfes klar machen, ohne daraus ein Steuerprogramm zur Rettung des Proletariats vor dem Dawes-Plan zu machen.

Wir müssen den Arbeitern zeigen, daß nicht die formell gestellte Frage: „Republik oder Monarchie?" im Mittelpunkt steht, und daß die SPD. diese Frage nur aus demagogischen Gründen in den Vordergrund rückt, um mit allgemeinen republikanischen Phrasen, die zu nichts verpflichten, ihre bürgerliche Politik, die Koalitionspolitik, zu rechtfertigen, während sie selbst, demagogisch und stumpfsinnig zugleich gar nicht an die vorhandene monarchistische Gefahr glaubt. Wir müssen dagegen auf die Frage des Kampfes gegen die monarchistische Reaktion eine konkrete, dem Arbeiter verständliche Antwort geben, durch die er von der Notwendigkeit unseres Endziels und unserer Kampfmethoden überzeugt wird. Nur wenn wir diese Frage als Klassenfrage stellen und beantworten, den Zusammenhang mit der Dawes-Situation herstellen, die Scheinopposition der SPD. und der anderen „republikanischen" Parteien entlarven, werden wir die Aktivität der proletarischen Massen, die jetzt durch das Reichsbanner in die Bahn der bürgerlichen Politik gelenkt wird, in die Bahn der proletarischen Revolution lenken.

1. Im Vordergrund muß der außenparlamentarische Kampf gegen die monarchistische Reaktion und gegen die Kapitalsoffensive stehen, die Sammlung des Proletariats (Gewerkschaftseinheit, Betriebsrätebewegung, Rote Frontkämpfer), das Bündnis aller Werktätigen gegen die Ausbeuter und ihre Regierung, ihre Monarchie.

2. Wir müssen für die demokratischen Rechte der Arbeiterschaft gegen die Reaktion kämpfen, gleichgültig, ob diese als monarchistische Restauration oder als legale „republikanische" Verfassungsreform auftritt. Wir müssen zeigen, daß die bürgerliche Demokratie weder den gewaltlosen Uebergang zum Sozialismus ermöglicht, noch auch nur Sicherheit vor der Reaktion gibt, daß sie aber im Vergleich mit einer absolutistischen monarchistischen Staatsform den Klassenkampf erleichtert, weil sie die Klassenfragen offener, unverhüllter zu stellen erlaubt, breiteren Massen die Teilnahme am politischen Leben eröffnet, die bürgerlichen Cliquen leichter in ihre Fraktionskämpfe bringt und so das Proletariat stärkt, wenn es diese Erscheinungen auszunutzen versteht. Die entscheidende Frage ist aber nicht die der Staatsform, sondern die des Machtverhältnisses der Klassen. Solange die reaktionäre Bourgeoisie die gesamte Staatsmacht ungehindert durch die Klassenkraft des Proletariats ausübt, ist der Vormarsch der Reaktion und die Einschränkung auch der elementarsten bürgerlich-demokratischen Rechte der Arbeiterschaft unvermeidlich. Der Kampf gegen die monarchistische Reaktion kann nur unter der Führung des Proletariats als Klassenkampf geführt werden. Wir Kommunisten betonen, daß wir diesen Kampf gegen die monarchistische Reaktion in jeder Form zu führen und zu unterstützen bereit sind, daß wir aber dabei auch nicht das geringste aufgeben von unseren Grundsätzen, d. h. daß wir wissen: ohne Diktatur des Proletariats und Räterepublik gibt es keine stabile Republik und keine Garantie vor Reaktion und Monarchie.

3. Um die durch den Republikschwindel irregeführten Massen von der Richtigkeit dieser Grundsätze zu überzeugen und ihnen so die Notwendigkeit des selbständigen Vorgehens des Proletariats gegen die schwarzweißrote und die schwarzrotgelbe Gruppe der Bourgeoisie begreiflich zu machen, um ihnen zu zeigen, daß die „republikanischen" Parteien keinen ernsthaften Schritt gegen die monarchistische Reaktion tun wollen und können, müssen wir

a) in Verbindung mit unseren Forderungen gegen den Dawes-Plan diejenigen politischen Teilforderungen propagieren, die ein Mindestprogramm zur Niederschlagung der monarchistischen Reaktion und zur Sicherung der elementarsten demokratischen Rechte der Arbeiterschaft enthalten;

b) uns bereit erklären, mit der SPD. und den „republikanischen" Parteien von Fall zu Fall zusammenzugehen, soweit sie die elementarsten Mindestforderungen erfüllen, wobei wir von vornherein wissen, daß, falls ein solches Zusammengehen zustandekommt, einzig unsere zeitweiligen „Verbündeten" — verbündet durch ein zeitweiliges gemeinsames Ziel (zum Beispiel in einer ähnlichen Situation wie beim Kapp-Putsch) — immer unsere Feinde sind und sich in einem bestimmten Augenblicke als solche demaskieren müssen, zweitens, daß nicht wir mit ihnen, sondern sie mit uns gehen (gezwungen durch Massendruck und durch unsere Initiative), und drittens, daß sie in jedem Augenblick uns und die Massen zu betrügen bereit sind, was wir vorher sagen.

Da diese Mindestforderungen zu ihrer Durchführung eine vollkommene Zersetzung des heutigen Staatsapparates der Bourgeois-Republik bedingen, weil dieser in der Hand der Monarchisten ist, werden wir gerade durch ein solches Manövrieren eine konkrete, den Massen verständliche Propaganda für den proletarischen Staat entwickeln können und beweisen, daß die Republikaner weder kämpfen können noch wollen und daß ihre Republik verloren ist.

III. Mehr Manövrierfähigkeit

Unsere grundsätzliche unversöhnliche Haltung als Klassenpartei des Proletariats, die sich niemals mit bürgerlichen Parteien, wie die SPD. eine ist, aussöhnt, sondern in jeder Situation den schärfsten Kampf gegen sie führt, ist vollkommen richtig und darf gerade in der gegenwärtigen Zeit „zwischen zwei Wellen der Revolution", wo Rückschläge der Bewegung liquidatorische Tendenzen begünstigen, unter keinen Umständen irgendwie abgeschwächt werden. Ein Fehler der Partei bestand jedoch darin, daß wir nicht genügend imstande waren, die Richtigkeit unserer Politik den Massen verständlich zu machen. Das lag an einer oft zu abstrakten Propaganda und am Mangel an Manövrierfähigkeit trotz erkannter Notwendigkeit des Manövrierens.

Das tiefe Mißtrauen innerhalb der Parteimitgliedschaft gegen jedes Manöver auch im Sinne bolschewistischer taktischer Manöver, im Sinne der Beschlüsse des Frankfurter Parteitages und des 5. Weltkongresses, das als Folge des Bankrotts der opportunistischen Politik, Strategie und Taktik der Brandler-Zentrale zurückgeblieben war, hat die Partei bisher oft verhindert, zur Entlarvung des Gegners richtig zu manövrieren. Solange die Partei nicht die grundsätzliche Festigkeit hatte, die allein ein richtiges Manövrieren ermöglicht, solange die rechten Fraktionsmacher in ihrer Mitte noch genügend politisch zurückgewiesen waren, mußte sie beim Manövrieren sehr vorsichtig sein. Gegenwärtig hat die Partei bereits so viel grundsätzliche Klarheit erlangt und durch den von der Exekutive der Komintern geführten Kampf gegen den Brandlerismus die rechten Fraktionsmacher so sehr zurückgedrängt, daß eine größere Manövrierfähigkeit unserer Taktik ohne das Ueberhandnehmen opportunistischer Tendenzen möglich ist. Der Januar J.-A. tat den ersten Schritt in dieser Richtung, indem er die Teilforderungen und Kämpfe in den Mittelpunkt der Parteiarbeit stellte. Wir müssen jetzt die gewerkschaftlichen Teilforderungen mehr mit politischen verknüpfen und gegenüber SPD., ADGB. und schwarzrotgoldenem Block so manövrieren, daß die proletarischen und halbproletarischen Massen erkennen: der einheitliche Kampf gegen die Reaktion scheitert nicht an irgendwelchen ihnen unbegreiflichen „Moskauer" Grundsätzen der KPD., sondern an der Unmöglichkeit, im Bunde mit den bürgerlichen Parteien einen ernsthaften Kampf gegen die bürgerliche Reaktion zu führen.

Bei den Präsidentenwahlen war unsere Aufgabe, zu zeigen, daß der schwarzrotgoldene Block keinen ernsthaften Kampf gegen die monarchistische Gefahr führen will und kann, daß die SPD. an ihren bürgerlichen Bundesgenossen trotzdem oder gerade deshalb festhält und die Klasseneinheit des Proletariats bewußt zum Nutzen der Bourgeoisie zerschlägt. Diese Aufgabe wäre wesentlich gefördert worden durch ein Manövrieren im Sinne der Vorschläge der deutschen Delegation und des Präsidiums der Komintern. Wir hätten dadurch der Arbeiterschaft den Weg der Einigung auf einen wirklichen Kampfkandidaten gegen die monarchistische Reaktion, eines wirklichen Kampfbündnisses auf Grund eines republikanischen Minimalprogramms gezeigt und die Schuld der SPD. am Siege der bürgerlichen Reaktion vor der gesamten Oeffentlichkeit festgenagelt. Dadurch wäre bewiesen worden, daß das einzige wirkliche Kampfbündnis die rote Front aller Ausgebeuteten unter Führung der KPD. ist. Damit hätten wir die Notwendigkeit der kommunistischen Kandidatur verständlicher begründet und die Zersetzung innerhalb der SPD. sehr gefördert.

In der Preußenfrage haben wir zu wenig getan, um unsere Haltung als notwendig begreiflich zu machen und den SPD.-Schwindel, „die Kommunisten, die Steigbügelhalter der Reaktion", zu zerstören. Wir müssen die Frage des Regierungsprogrammes in den Vordergrund stellen und unsere Gegnerschaft gegen die bürgerlichen Koalitionsregierungen mit ihrer Ablehnung der elementarsten Minimalforderungen begründen.

In einer Situation, wo unsere Partei das Zünglein an der Wage zwischen einer Rechts- und einer sogenannten Linksregierung bildet, ist es durchaus zulässig und unter bestimmten Verhältnissen geboten, eine solche Parlamentstaktik zu befolgen, daß wir der „Links"koalition gegen der Rechtskoalition die Existenz ermöglichen. Dabei müssen wir mit aller Klarheit offen erklären, daß dies nicht geschieht, weil die revolutionäre Arbeiterschaft von der SPD. und den „republikanischen Parteien" irgend etwas besseres zu erwarten hat, als von den offenen Monarchisten, sondern gerade zu dem Zweck, um den Massen, die zu diesen Parteien noch Vertrauen haben, zu zeigen, daß sie ebenso reaktionär und arbeiterfeindlich sind, wie die offenen reaktionären Parteien. Wenn die KPD. eine solche Taktik benutzt, um die Massen außerhalb des Parlaments gegen die schwarzrotgoldenen Parteien und ihre Regierung zu mobilisieren, so hat diese Taktik nicht das geringste mit einer sozialdemokratischen oder brandlerischen Koalitionspolitik gemein. Sie ist jedoch nur dann richtig und zulässig, wenn noch nicht die Möglichkeit besteht, eine solche Regierung durch eine proletarische Massenbewegung zu stürzen.

IV. Manövrieren heißt nicht die bolschewistischen Grundsätze verwischen, sondern das Gegenteil: sie durch Tatsachen beweisen

Ein richtiges Manövrieren ist nur dann möglich, wenn dabei die folgenden Grundsätze des Bolschewismus weder vergessen, noch verschleiert werden:

1. „Die Aufgabe einer wahrhaft revolutionären Partei besteht nicht darin, den unmöglichen Verzicht auf jegliche Kompromisse zu proklamieren, sondern darin, durch alle Kompromisse — insofern sie unvermeidlich sind — hindurch unseren Prinzipien, unserer Klasse, unserer revolutionären Aufgabe, unserer Sache der Vorbereitung der Revolution und Vorbereitung der Volksmassen zum Siege der Revolution die Treue zu wahren." (Lenin.)

2. Die SPD. ist und bleibt eine bürgerliche Partei, ihre Führer sind und bleiben Agenten der Bourgeoisie in den Reihen des Proletariats, und auch kein Flügel der SPD. kann proletarische Politik treiben, solange er irgendwie der SPD. bleibt.

3. Ein friedlicher Uebergang zum Sozialismus durch ein demokratisches Zwischenstadium zwischen bürgerlicher und proletarischer Diktatur ist unmöglich, ist eine süßliche zentristische Utopie.

4. Es gibt keine Versöhnung mit den opportunistischen Elementen innerhalb der Partei.

„Radikale" Abweichungen, die bestehen in der Ablehnung von politischen Teilforderungen (als „opportunistisch"), von Spitzenverhandlungen (als „unkommunistisch"), Entlarvungsmanövern (als „Trick"), Unterstützungsangeboten (als „Bündnis"), im Ignorieren der wirklichen Stimmungen der proletarischen Massen (als „nicht real"), im mechanischen Wiederholen auswendig gelernter Formeln ohne gründliche Analyse der konkreten Situation, in der sektiererischen Selbstzufriedenheit mit einer „kleinen und reinen" (aber theoretisch konfusen) Partei, im Verlangen nach anderen Charaktiegen den Opportunismus außer der prinzipiellen Festigkeit und Einheitlichkeit der Partei („Es war immer so, daß mit solchen Manövern Schweinereien kamen"), sind scharf zu bekämpfen als umgestülpter Opportunismus.

V. Rechte Gefahren

Beim Manövrieren, insbesondere in Situationen wie der gegenwärtigen, können immer rechte Gefahren entstehen, und zwar dadurch, daß

a) rechte Fraktionen versuchen, daraus eine Revision unserer Grundsätze zu machen und die Grenzen gegen den Brandlerismus und sonstigen Opportunismus zu verwischen oder das Manövrieren als „ihren Sieg" hinzustellen („wir haben's schon immer gesagt", wobei sie vergessen, daß sie bis heute nicht verstanden haben, worin ihr Opportunismus theoretisch und praktisch besteht).

b) Die Arbeiter unserer Partei infolge ihrer theoretischen Unsicherheit und praktischen Unerfahrenheit den Reformisten auf den Leim gehen und, statt sie zu entlarven, ihnen Vorspanndienste leisten. Diese Gefahren sind nicht durch allgemeine Verbote oder durch tugendhaftes Nichtstun zu vermeiden, sondern nur durch intensive theoretische Durchbildung der gesamten Partei durch intensive Teilnahme aller Mitglieder an der Ausarbeitung der Taktik und durch die schärfste Kontrolle aller praktischen Schritte aller Organe, sowohl von oben wie von unten. Im einzelnen besteht die brandlerisch-opportunistische Gefahr in folgendem:

1. Beim Kampf um Teilforderungen das Endziel aufzugeben, zu verzichten, von Diktatur, Revolution usw. nicht zu sprechen, aus Furcht, die Massen von uns „abzustoßen", zu „erschrecken", auf unsere „eigentlichen" Absichten „aufmerksam zu machen" (was wir immer machen müssen).

2. Spitzenverhandlungen ohne Massenmobilisierung zu führen, wodurch jene völlig wertlos werden, und sich dabei Erfolgsmöglichkeiten einzubilden, in Wirklichkeit aber mit Feinden Zeit zu vertrödeln.

3. Den Schwerpunkt vom außerparlamentarischen Kampf auf den parlamentarischen Kuhhandel zu verlegen und dabei zu banalen parlamentarischen Komödien zu kommen (wo es viel Geschrei und wenig Sinn gibt).

4. An die reformistischen Illusionen in der Weise „anzuknüpfen", d. h. am Schwanze der Massen zu laufen, daß man sich einfach auf ihren Boden stellt, und es den Tatsachen überläßt, die Arbeiter von der Unrichtigkeit dieser Illusionen zu überzeugen, statt sich von vornherein und im Verlaufe des ganzen Manövers immer aufs schärfste von diesen Illusionen offen als solche zu distanzieren, zu proklamieren.

5. Statt mit den Arbeitern über die Fragen des Kampfes und der praktischen Forderungen, sowie der Methoden zu ihrer Durchsetzung zu diskutieren, um Posten zu schachern. (Diese Gefahr ist gleich groß bei der Einheitsfront „von oben" wie „von unten", bei Parlamentsverhandlungen wie bei Betriebsrätewahlen.)

6. Daß man „organisatorische" Fragen, wie die der Gewerkschaftsarbeit, als lediglich organisatorische Fragen betrachtet, also von vornherein den Reformisten die Führung überläßt, anstatt die politische Seite und den Kampfzweck jeder organisatorischen Kampffrage (Gewerkschaften, Betriebsräte, Ausschüsse, Kommissionen, Bunde usw.) in den Vordergrund zu rücken. Alle diese Gefahren wird die Partei leicht überwinden, wenn sie bei jedem ihrer Schritte sich bewußt ist der tiefen Leninschen Lehre:

Die KPD. ist die einzige Partei des Proletariats, die einzige Partei, die alle Ausgebeuteten aus allen Klassen organisieren und zum Siege führen kann, und jede andere Partei ist die Partei einer anderen Klasse, also eine feindliche Partei, auch dann, wenn sie zeitweilig mit uns oder wir mit ihr gemeinsame Ziele verfolgen. In jeder anderen Partei und in jedem Block anderer Parteien sind unvereinbare Klasseninteressen gehalt, und unsere Aufgabe ist es, die ihnen anhängenden „Massen" nach den Klassenunterschieden zu trennen und unter der Hegemonie des Proletariats und der Führung der KP. als großen Block des ausgebeuteten Volkes zum Sieg zu führen, zur proletarischen Revolution.

Der große Bauernkrieg 1525—1925

(3. Fortsetzung.)

Diese fortgesetzten elementaren Erhebungen großer Bauernmassen in ganz Süd- und Westdeutschland beweisen, daß eine tiefe Gärung im schaffenden Landvolk damals vorhanden war, die nur eines Anstoßes bedurfte, um in gewaltigen Erhebungen auszubrechen. Dieser Funke waren die ersten berühmten Streitschriften des Augustinermönchs Martin Luther und seine Lehre von der „Freiheit eines Christenmenschen". Wie ein Sturmwind fuhr es in die Massen der geplagten und geknechteten Bauern. Die Lehre von der evangelischen Freiheit aller Christenmenschen, von der gemeinsamen Gotteskindschaft schien ihnen der klare Beweis, daß auch sie Recht und Anspruch hatten auf persönliche und wirtschaftliche Freiheit, daß Leibeigenschaft und Hörigkeit eine Mache des Teufels seien. Auch der Edelmann ist nackt und bloß zur Welt gekommen wie der Bauer, riefen sie aus, auch er soll nur eine Tür an seinem Hause haben wie der Bauer. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.

Und der Sturm brach los. Im Norden wie im Süden. In den Tälern der Alpen, auf den weiten Höhen des Schwarzwaldes und der Rauhen Alb, in den Niederungen des Rheins, des Mains und des Neckars, in den Wäldern Thüringens. Ueberall züngelte die Flammen des Aufruhrs unter den Bauern. Sie strömten zusammen in großen Versammlungen auf hohen Bergen, in den einsamen Mooren. Sie bereiten ihre Lage, stellten Forderungen und formulierten sie zu Artikeln. Ihre Berater waren dabei meist die niedere Geistlichkeit, die aus ihren Kreisen hervorgegangen, ihnen nahe stand. So entstanden in Süddeutschland die berühmten zwölf Artikel, die überall begeisterte Zustimmung fanden. Man wählte Delegationen, die mit den Herren verhandeln sollten, in dem gutmütigen Glauben, die Herren würden schon mit sich reden lassen, wenn man ihnen nur die Gerechtigkeit ihrer Forderungen und ihre Uebereinstimmung mit dem Evangelium klar vor Augen führen würde. Sie hatten noch den naiven Glauben an den Sieg der Wahrheit und an reines Menschentum ihrer Bedrücker. Nun, diese sorgten dafür, daß dieser Glaube völlig zerstört wurde. Die Herren waren ganz und gar nicht gewillt, von ihren gottgewollten Rechten auch nur ein Jota abzulassen, und wo sie es wagen konnten, erwiderten sie die Vorstellungen der Bauern mit Hohn, Verrat und brutaler Gewalt. Das schlug nun dem Faß den Boden aus.

Die anfänglich gutmütige Haltung der Bauern schlug um in Empörung und Wut. Sie unterstrichen die Gerechtigkeit ihrer Forderungen mit der Wucht der bewaffneten Faust. Sie sahen sich um nach Bundesgenossen; die fanden sie in den Städten unter dem niederen Bürgertum, unter den Gesellen, Taglöhnern und Knechten; zu ihnen gesellten sich die Scharen der Entrechteten und Heimatlosen, das Lumpenproletariat der Bettler und fahrenden Leute; die brachten in den Aufruhr den Leichtsinn und die Wagelust der Leute, die nichts zu verlieren haben. Schnell wuchsen die ansehnlichen Haufen, die mit allerlei Waffen und dem friedlichen bäuerlichen Gerät, das bald in grausame Wehr umgewandelt war, durch das Land zogen; sie zwangen die Städte, mit ihnen gemeinsame Sache zu machen, so z. B. in Fulda, Hersfeld, Hünfeld; vornehmlich hatten sie es aber auf die geistlichen Güter und Klöster abgesehen; dort fielen sie ein mit Sengen und Brennen; rauchende Klöster und Burgen bezeichneten überall den Weg, den der ausbrechende Strom des langverhaltenen Bauernzorns durch die Lande nahm. Im Hessenland, in der Rhön, in Thüringen tobte der Aufruhr.

Den weltlichen wie den geistlichen Herren fuhr der Schreck in die Glieder und Eingeweide; je brutaler sie früher mit den Bauern umgegangen waren, um so feiger vertrochen sie sich in ihrer Angst, und wer irgend konnte, unterwarf sich den Bauern. Heimlich aber suchten sie Hilfe und Bundesgenossen in ihren Kreisen, ihre ganze Wut warf sich auf Luther, den man mit schweren Vorwürfen verantwortlich machte für den Aufruhr unter den Bauern. Also deutlich hatte er zum Kampf mit den Waffen aufgerufen, und sie richteten an ihn die Forderung, mit der ganzen Macht seiner Autorität den Bauern entgegenzutreten.

4. Luther verrät den Aufstand

Luther selbst war tief erschrocken über den Sturm, der aus seiner Windsaat urplötzlich aufgeschossen war; daran hatte er nicht gedacht; anfänglich beschwor er die Fürsten, sachte zu tun, um den Bauer nicht noch mehr zu reizen; er warf ihnen vor, daß sie selbst schuld seien an diesem Aufruhr; sie hätten es zu arg getrieben mit dem Schaben und Schinden der Bauern; aber damit war den Herren nichts geholfen. Sie forderten von ihm klipp und klar, den Brand, den er angelegt und geschürt, nun ohne Verzug zu dämpfen und zu löschen, widrigenfalls sie auf seine Reformation pfeifen würden. Luther kam in eine schwierige Lage. Reformation oder Revolution? Mit dieser Frage trat von ihm unbarmherzig die Geschichte. Luther zauderte keinen Augenblick.

Obwohl aus dem arbeitenden Volk hervorgegangen, ging es Luther wie so vielen Söhnen des arbeitenden Volkes unserer Zeit, die die Schule der bürgerlichen Bildung und Erziehung mitgemacht haben: durch sie wurde er seiner Klasse innerlich entfremdet; nicht umsonst war er Professor geworden, und als er nun von beiden Seiten zu einer klaren Entscheidung gedrängt wurde, von den Bauern, die verlangten, er solle sich auch weiter zu ihrer revolutionären Sache bekennen, wie er es tatsächlich getan in Rede und Schrift, von den Fürsten und dem hinter ihnen stehenden Bürgertum mit der Forderung, die lahme Zicke verfolgen. In jeder anderen Partei und in jedem Block anderer Parteien sind unvereinbare Klasseninteressen gehalt, und unsere Aufgabe ist es, die ihnen anhängenden „Massen" nach den Klassenunterschieden zu trennen und unter der Hegemonie des Proletariats und der Führung der KP. als großen Block des ausgebeuteten Volkes zum Sieg zu führen, zur proletarischen Revolution.

Luther blieb der berühmte Reformator und verleugnete die Revolution, die forderndo vor ihm stand in den Rotten und Haufen der aufrührerischen Bauern, und er verleugnete und verriet sie gründlich; er schlug auf sie los mit Knüppeln und Keulen; er wollte seinen Brotherren offenbar einen ganz unwiderleglichen Beweis seiner treubürgerlichen Gesinnung und unwandelbaren Untertanenergebenheit geben und schrieb die entsetzliche Schrift: „Wider die mörderischen und räuberischen Rotten der Bauern". Er schrie laut in alle Welt, „man soll sie zerschmeißen, würgen und stechen, heimlich und öffentlich, wer da kann, wie man einen tollen Hund totschlagen muß". Er forderte die Herren und ihre Kreaturen auf: „Steche, schlage, würge sie, wer da kann; bleibst Du darüber tot — wohl Dir! Seligeren Tod kannst Du nimmermehr übertommen . . . Lasser nur die Büchsen unter sie lausen, sie machens sonst tausendmal ärger."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250513-11/fragment/page=0006

Halle und Saalkreis

Der Mörder Pietzker als Zeuge vor dem Schöffengericht

Die hallischen Richter als Rückgrat Pietzkers.

Am Dienstagvormittag wurde die Genossin Hüpfel vom Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt, weil sie versucht haben soll, der Polizei einen Gefangenen zu entreißen und außerdem bei ihrer Festnahme tätlichen Widerstand geleistet haben soll. Von den beiden Mitangeklagten wurde der Arbeiter Göre zu 30 Mk. Geldstrafe verurteilt, während das Verfahren gegen den dritten Angeklagten abgetrennt werden mußte, da es sich hierbei um einen Taubstummen handelt.

Am 2. Dezember vorigen Jahres zog nach Schluß einer Wahlversammlung ein größerer Trupp Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Stadt, um ihm im Süden gelegenen Wohnungen zu erreichen. Es handelte sich nicht um einen geschlossenen Umzug, sondern vielmehr um eine lose Menschenmenge, die ohne irgendwelche Führung in losen Gruppen einen Weg zurücklegen hatte. In der Großen Ulrichstraße erschien plötzlich ein Polizeikommando unter Führung des berüchtigten Provokateurs Pietzker und verhaftete wahllos aus der Menge einige Arbeiter. Da sich unter diesen Verhafteten auch ein Taubstummer befand, der angeblich gesungen haben soll, bemächtigte sich der Menge eine begreifliche Erregung. Pietzker ließ darauf auch die Genossin Hüpfel festnehmen, weil sie versucht haben soll, den Gefangenen zu befreien. **Wahr ist indessen, daß die Genossin Hüpfel lediglich versuchte, dem Polizeibeamten erklärlich zu machen, daß der Verhaftete taubstumm ist und daher gar nicht gesungen haben kann.** Sie wurde dann verhaftet und hat sich gegen das äußerst brutale und schmerzhafte Zufassen der Polizeibeamten zur Wehr gesetzt.

Sehr bezeichnend ist es schon, daß zu der Verhandlung nur Polizeibeamte als Belastungszeugen geladen sind. Das Gericht hält es demnach nicht für notwendig, den Sachverhalt durch Anhören von Zeugen aus den Reihen der Arbeiter wirklich zu klären. So ist es denn auch ganz erklärlich, daß nach dieser einseitigen Beweisaufnahme ein typisches Niedner-Urteil gefällt wurde.

Der Zeuge Pietzker erzählte den Richtern bei seiner Vernehmung derartige Märchen, daß man es nicht für möglich halten sollte, daß vernünftige Menschen diesem Phantasiegebilde Glauben schenken können. So sagte er u. a., er habe den Zug vom Café Dietze aus verfolgt und in der Großen Ulrichstraße erreicht. Seine Aufforderungen zum Auseinandergehen seien aber von der Menge nur mit Brüllen, Pfeifen und Gebelle beantwortet. Er habe auch gehört, wie er mit den Worten bedroht wurde: „Schlagt den Hund tot!!!!" Die Angeklagte Hüpfel sei nach der Verhaftung des Taubstummen dem Polizeibeamten Hartwig an den Hals gesprungen, habe ihn gekratzt, in den Oberarm gebissen (!!!), geschlagen und getreten. Danach habe er sie verhaften lassen. Auch der Zeuge Polizeiwachtmeister Hartwig gibt an, von der Angeklagten in den Oberarm gebissen zu sein. Ein anderer Zeuge hat nur gesehen, daß die Angeklagte den Zeugen Hartwig getreten hat.

Staatsanwalt Parey, dessen Spezialaufgabe es scheinbar ist, diese deutsche Kultur durch Verhängung drakonischer Strafen zu schützen, sieht in der Angeklagten natürlich ein ganz bissiges Weib und empfiehlt, durch eine

Gefängnisstrafe von 9 Monaten

der Angeklagten das Beißen abzugewöhnen. Der zweite Angeklagte, der weniger an dem ganzen Vorfall beteiligt war, soll mit einer Geldstrafe von 50 Mk. bedacht werden. Das Gericht war aber scheinbar der Ansicht, daß man einem jungen Mädchen das Beißen auch in drei Monaten abgewöhnen kann und verurteilte sie zu dieser Strafe.

Dem Mörder Pietzker ist durch dieses Urteil von den hallischen Richtern wieder einmal bestätigt, daß er sich auf sie verlassen kann. Er kann also auch in Zukunft die Arbeiter provozieren und sie dann pflichtgemäß morden.

Pietzker wird aber nicht nur allein von den hallischen Richtern geschützt, vielmehr ist eine Leibwache dauernd in seiner Nähe. So konnte man während der gestrigen Verhandlung vier wahre Bozergestalten im Zuhörerraum entdecken. Außerdem zeichnete sich deutlich ein Revolver in seiner hinteren Hosentasche ab. Vielleicht ist es die Waffe, aus der die Schüsse fielen, die angeblich nicht aus einer Dienstpistole abgegeben wurden.

Das letzte Wort ist in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen. Bei einer zweiten Verhandlung vor dem Berufungsgericht wird diesen „Herrschaften" einmal gezeigt werden, daß aus ihren eigenen Aussagen für sie ein Strick gedreht werden kann. Die ganze Sache dürfte womöglich einen Meineidsprozeß als Nachspiel haben.

Hinter vergitterten Fenstern!

(Von einem Arbeiterkorrespondenten.)

Unter dieser Ueberschrift schildert ein Herr Dr. H. W. in den „Hallischen Nachrichten" von Montag, den 11. Mai seine Eindrücke im hallischen Strafgefängnis. Da dieser Bericht die Tatsachen teilweise entstellt, teilweise sogar auf den Kopf stellt, sollen im Nachfolgenden der Wahrheit gemäß aufgezeichnet werden: Der Einsender schreibt wörtlich: „Die Einzelzellen sind fast durchweg verhältnismäßig große, luftige, zweifenstrige Räume, die genügend Bewegungsmöglichkeit lassen." Die zweifenstrigen „Räume" sind allerdings da, aber für vier Mann. Einzelzellen mit zwei Fenstern gibt es nicht. Was das „luftige" anbelangt, so gibt es Zellen im Strafgefängnis Halle, in denen ein wahrer Gestank herrscht, der durch kein Lüften und Scheuern wegzukriegen ist. Die sauberen Betten, welche Herr Dr. H. W. so lobt, sind nicht viel besser als Holzpritschen. Meistens sind sie total defect, so daß Seegras morgens in dem „großen luftigen Raum" liegt. Der Sträfling sieht meist ebenso müde und gerädert auf, als wenn er auf dem Pflaster geschlafen hätte.

Weiter heißt es im Bericht der „Hallischen Nachrichten": Jeder neu Eingelieferte muß erst einen Monat lang in der Einzelzelle bleiben. Nicht so eilig ist der Doktor. Nach der Einlieferung steht der Gefangene meistens erst stundenlang im Korridor, dann kommt er in den Keller, soweit Aufnahmezellen frei sind. Ist dies nicht der Fall, wandert er in die Arrestzelle. In diesem Keller herrscht ewiger Winter. Hier unten bleiben die Eingelieferten zwei, drei ja vier Tage. Dadurch kommt es dann, daß die Aufnahme- und Arrestzellen durch Aufnahme und Abgänge, welche drei Tage vor der Entlassung in den Keller gebracht werden, vollständig überfüllt sind. Ich hatte die Ehre 12 Tage Strafe im roten Ochsen verbüßen zu müssen. Drei Tage und drei Nächte mußte ich mit noch zwei Mann in einer Arrestzelle kampieren, welche nur für einen Mann eingerichtet ist. Dies war Ende Februar. Warme Füße habe ich weder tags noch nachts gehabt. Am Tage auf den kalten Steinfliesen stehen, (zum laufen war kein Platz) und nachts auf den Steinfliesen schlafen. Eine dünne, halbdefekte Matratze, drei dreckige Decken, vor denen einem ein wahrer Ekel ankommt, wenn man sie sieht. Dies wäre das saubere Bett des Herrn Dr. H. W.

Von der Arbeit schreibt der Herr wörtlich: „Gerade dieser Gerichtspunkt der Arbeit ist seit den letzten großen Reformen des Gefängniswesens in den Vordergrund der Strafvollstreckung getreten, und es wird auf die Individualität und das Können des Einzelnen die größtmögliche Rücksicht genommen". Wie diese Rücksicht aussieht, davon ein Beispiel: Ich wurde nach vielen Laufereien dem Inspektor für das Arbeitswesen vorgestellt. Ich erklärte ihm, **daß ich infolge Kriegsbeschädigung des rechten Beines eine Arbeit bei der man fortwährend stehen muß (flechten), nicht aushalten könne. Der Herr Inspektor winkte gnädig ab, „Flechten". So sieht die „größtmögliche Rücksicht aus".** Weiter schreibt Herr Dr. H. W.: Die Nahrung, die die Gefangenen erhalten, ist durchweg gut. Eine Kostprobe, die gern zur Verfügung gestellt wurde, und die Antworten zahlreicher Gefangenen bestätigen das."

Ich möchte Herrn Dr. H. W. doch einmal den Rat geben, von dem Kohlrübenbrei eine Kostprobe zu entnehmen. Ich bin überzeugt, daß sein Urteil in dieser Hinsicht ganz anders ausgefallen wäre. Z. B. gibt es jede Woche einmal abends Kartoffeln und Hering. Der Hering kommt mit Schuppen, Salz ja sogar sandig zur Ausgabe. Ich bin kein Kostverächter, aber den Hering habe ich nicht hinuntergebracht. Was Sauberkeit, Ordnung und reelle Behandlung der Insassen anbelangt, rate ich der ganzen Verwaltung einmal im Gerichtsgefängnis Halle, Kleine Steinstraße, einen Kursus zu nehmen, dort können sie viel lernen, auch hinsichtlich der Verpflegung. **Es muß zwar anerkannt werden, daß sich der Leiter des Gerichtsgefängnisses alle Mühe gibt, den Bedauernswerten ihr schlimmes Los zu erleichtern.** Nach dem Artikel des Herrn Dr. H. W. aber nehme ich an, daß man ihm zwar gut herumgeführt hat in dem kolossalen Bau, aber gleichzeitig hat es den Anschein, daß er an der Nase herumgeführt wurde.

Hindenburg-Rummel in Halle

Nun hat der hallische Spießer wieder seine gute alte Zeit. Schwarzweißrote Fahnen, Hurragebrüll nach entsprechendem Alkoholgenuß, Orden und Ehrenzeichen, Militärmusik und Schimpfen auf „die rote Bande", die Arbeiter. Der 11. Mai vorigen Jahres in verdoppelter Auflage schien der gestrige Tag zu sein, wenn man die zahlreichen Mörderschnen ansah. Besonders die großen Geschäfte hatten es sich nicht nehmen lassen, ihren monarchistischen Konjunkturgefühlen Ausdruck zu geben. Von wegen der zahlungsfähigen Kundschaft, versteht sich. Die Saalkreis-Sparkasse an der Post wollte es mit niemand verderben und flaggte sowohl die Wilhelms- als auch die Roske-Fahne. Auf daß nationalistisch verseuchte Kleinbürger ihre Sparpfennige dort anlegen sollten ohne den Gedanken an eine neue Inflation. Auch die „Höheren Privatschulen" zeigten das liebliche Bild des Byzantinismus: kleine Fähnchen in der Ludendorff-Farbe an jedem Klassenfenster. Was dahinter gestern an Kriegshetze verzapft worden sein mag, ist gar nicht auszudenken. Aber der Hakenkreuzgeist der „Höheren" Schulen ist ja bekannt. Er prägte sich sinnfällig aus bei jenen „höheren" Knaben, die sich gestern auf das Dach der Talamischule geschlichen hatten und dort die schwarzrotgoldene Fahne auf Halbmast setzten. Denn die Behörden hatten samt den Volksschulen natürlich schwarzrotgold geflaggt, weil ja Hindenburg der Retter war der demokratischen Republik geworden ist. Rektor Hellmuth von der Cröllwitzer Schule schien das nicht zu wissen, denn am Vormittag war dort schwarzweißrot, nachmittags schwarzrotgold geflaggt. Oder zweifelt jemand daran, daß wir eine demokratische Republik haben? Der möge sich belehren lassen, daß auch Privatleute schwarzrotgold geflaggt hatten, so die schwarzweißrotgoldene Einheitsfront demonstrierend. Peinlich für sozialdemokratische Arbeiter, was? Aber die schlucken scheinbar alles. Wie im August 1914 scheinen die Gemüter von einer Kriegspsychose umfangen zu sein. Krieg gegen wen — das ist gleich. Gehts nicht gegen Frankreich, dann gegen Sowjet-Rußland und den „inneren Feind".

Hindenburgfeier im trauten Heim

Der innere Feind — das ist die Arbeiterklasse. Wir wollen diese Feindschaft mit dem Bürgertum nicht verleugnen. Zusammengeschlossen in der Roten Front unter dem roten Banner des Klassenkampfes wollen wir unsere historische Aufgabe erfüllen. Trotz Einheitsbuselei im schwarzrotgoldenen Lager, trotz Rechtlosmachung in den Betrieben. Die monarchistische Gefahr muß zurückgeschlagen werden!

Befreiung der Arbeiterklasse ist das Ziel, nicht Untergang in Barbarei.

★

Versuchte nationalistische Kinderschändung

Es sollte eine große nationalistische Kundgebung werden, gestern nachmittag um 3 Uhr, vom Franckeplatz ab. Aber — es wurde ein kleiner Familienspaziergang. Die zwei Stahlhelmkapellen und die vielen Erwachsenen eingeschlossen, dauerte der Zug ganze 10 Minuten. Immerhin ist es kennzeichnend, daß trotz der schönen Hindenburg-Fähnchen und trotz der regen Propaganda der „Höheren" Lehrer nicht mehr Kinder zu diesem Rummel erschienen. Ob verschiedenen Hindenburg-Wählern schon ein Seitensieder aufgegangen ist, daß der glorreiche Kriegsverlierer auch nur ein ausführendes Organ der Entente-Kapitalisten ist? Wenn es jetzt noch nicht soweit ist, wird bestimmt der moralische Hindenburg-Katzenjammer in nicht zu langer Zeit bei den Spießbürgern ausbrechen. Die Erwachsenen, die den Zug begleiteten, hatten das typische Idiotengesicht, das bei derartigen Veranstaltungen vorherrscht. Auch mehrere Schwindsuchtskandidaten waren unter den Ordnern und taten sich sehr wichtig.

•

Was die Schulkinder zu dem Rummel sagen

Als die Feier begann, sangen die Kinder einen Choral. Dann sagte der Lehrer: „Ihr wißt, heute ist die Feier. Ihr wißt, daß Deutschland in den Jahren 1871 bis 1914 in größter Blüte stand. Ihr wißt, daß die Hohenzollern viel geschafft haben." Er sagte, früher nannte man Brandenburg die Sandbüchse des heiligen römischen Reiches. Da war nachher ein König, der ließ Kanäle ziehen und ließ es bebauen. Dann sagte er, ein Kurfürst wollte sich in Brandenburg zum König machen lassen. Da sagte der Oesterreicher: „ja als König in Ostpreußen." Dann ging er weiter zum Fritz Ebert. Unser Lehrer sagt: „Fritz Ebert hat viel getan fürs deutsche Volk, wenn er auch Sattler war. Es ist schlimm, daß Fritz Ebert tot ist, wenn er auch Sozialdemokrat war. Er hat gesagt: Ich will über den Parteien stehen, aber die eine Partei will ich vertreten, das ist die SPD." Unser Lehrer sagte: „Wie der Krieg anfing, zogen unsere Soldaten mit Mut, Tapferkeit und mit Freude hinaus ins Feld. Im Jahre 1918 brach die Revolution aus. Es war nicht gut, daß das deutsche Volk uneinig wurde. In Berlin war es so schlimm, daß dort keine Nationalversammlung einberufen werden konnte. Dafür wurde sie in Weimar einberufen, und es wurde die Reichsverfassung aufgestellt. Sonst, wenn man in Berlin eine einberufen hätte, das wäre bloß Mord und Totschlag gewesen. Hoffentlich wird es wieder besser, wenn Hindenburg Reichspräsident ist." Unser Lehrer sagte, wie Hindenburg gestern Einzug gehalten hätte, brauchte er 30 000 Soldaten als Wache. Zum Schluß sang die Klasse wieder einen Choral.

Neumarktschule, Kl. 1b.

•

Warum wir in die Schule gekommen sind, und was erzählt worden ist

Als wir in die Schule kamen, hatten die Kinder fast alle neue Sachen angezogen. Wir brauchten die Schule nur eine Stunde zu besuchen, weil heute Hindenburg sein Amt übernimmt. Der Lehrer sagte: Man feiert seinen Namen mit Recht, weil er die Ostpreußen von den Russen befreit hat. Hindenburg sollte die Russen in Seen gelockt haben, und Tausende von ihnen getötet und gefangengenommen haben. Er erzählte noch von der Wahl des Reichspräsidenten und was er zu tun hat. Zuletzt mußten wir das Lied Deutschland, Deutschland, über alles, singen. **Aber einige sangen nicht mit, weil sie schon aufgeklärt waren.** Der Lehrer sagte: „alle deutschen Kinder müßten dies Lied mitsingen." **Aber wir, die wir hungern müssen, werden dieses Lied nie und nimmer mitsingen.** Die Schule weiß nicht, was sie will, denn auf dem Dache der Schule hing die schwarzrotgoldene Fahne, und Deutschland, Deutschland, über alles, mußten wir singen.

Die Schillerschule, Kl. 3a.

•

Was ich bei der Hindenburg-Feier erlebte

Am 12. Mai hatten unsere Klassen eine Hindenburg-Feier. ½9 Uhr ging die erste und zweite Klasse von Knaben und Mädchen in die Turnhalle. Dort fing unser Lehrer an zu reden. Er sprach: Hindenburg ist ein tüchtiger Mann. Als die große Armee von Rußland Ostpreußen besetzte, wußte der deutsche Kaiser nicht, was er machen sollte. Er rief den General Hindenburg zu sich und hatte es Hindenburgen gesagt, er möchte ihn helfen. Hindenburg half ihn mit, und die russische Armee mußte zurück. Als unser Lehrer fertig war, sagte er ein Gedicht auf. Es hieß: „Hindenburg führt!" Unser Lehrer sagte: „Darum wollen wir Hindenburgen loben." Und er sprach: „Unser Hindenburg lebe hoch." Er dachte, es riefen viel, aber es riefen nur ein paar. Als sie das gerufen hatten, standen sie auf und sangen Deutschland über alles. Viel blieben sitzen und wir sangen nicht mit. Viele Lehrer sah man mit einem Abzeichen. Auch bedauert unser Lehrer, daß nicht alle Parteien zusammenkommen, um alle mit Hindenburgen zu feiern.

Huttenschule, Kl. 2a.

Unser Lehrer sagte zu uns: „Liebe Kinder, ich will Euch sagen, wozu ich Euch heute eingeladen habe. Heute mittag um 12 Uhr tritt der neue Präsident an. Er sagte: „Die Russen fürchten sich vor Hindenburg." Zum Schluß mußten wir Deutschland über alles singen. **Dies hatte ein schwarzrotgoldener Lehrer gesagt.**

Alte Volksschule, Kl. 2.

★

Pietzker in der Saalschloßbrauerei!

Wo alles auf Hindenburg anstößt, darf der „Volkspart"-Mörder nicht fehlen. Er hatte sogar — obgleich er voller Tapferkeit Zivil trug, — den Oberbefehl in der Saalschloßbraueret, wo die Deutschnationale Volkspartei gestern abend ihre Feier hatte. Da drängte und schob sich die schwarzweißrote Meute, Kinder wurden ohnmächtig, die fliegende Polizeiwache übernahm die Rettung der zahlreichen Bierleichen, nationalistische Reden und Lieder stiegen. Kein Stuhl war zu haben, es mußte sogar abgesperrt werden. („In einen überfüllten Saal hineinschießen, neun Tote", denkt der Betrachter dieses Bildes; ach so, man war ja nicht im „Volkspart".)

Plötzlich ertönten Signalpfeifen: Die roten Frontkämpfer greifen an! Aber die dachten gar nicht daran. Ein paar betrunkene Stahlhelmer hatten in ihrem Suff lediglich Halluzinationen. Sie stürmten auf den Klausberg, schlichten durchs Gebüsch. Von Frontkämpfern war keine Spur. So ging das mehrere Male. Ein Stahlhelmjüngling wurde sogar verwundet, d. h. er war in seinem alkoholdurchtränkten Eifer den Berg hinuntergefallen.

Pietzker, der schon Morgenluft witterte, fragte besorgt, was dem armen Helden fehle, und wie das zugegangen sei, ob und wie viele rote Frontkämpfer dagewesen wären.

es sei ihm von größter Wichtigkeit!

Das glauben wir dem Herrn Mörder aufs Haar. Proleten zu „erledigen" ist ja sein Lebensziel.

Uns aber ist von großer Wichtigkeit, wie lange dieser Mordbube noch im Dienst herumlaufen soll, um die Arbeiterschaft zu gefährden.

•

Zwangseinquartierung in Dölau

Es geht schon los mit den Paraden und Kriegsspielen. So wurde gestern der Dölauer Bevölkerung mitgeteilt, daß ab heute mittag Zwangseinquartierung der Reichswehr käme und daß jeder Hausbesitzer ein oder zwei Reichswehrleute nehmen müsse. Nun fehlt bloß noch der hohenzollernsche Ausreißer, und die Monarchie ist fertig!

*** Achtung! Die Proben für das Münzer-Schauspiel finden nicht heute abend, sondern am Donnerstag und Freitag, pünktlich abends ½8 Uhr, statt. Restloses Erscheinen aller Beteiligten ist Pflicht. Die Funktionäre sind zum Erscheinen zur Funktionärversammlung entschuldigt und haben sich ebenfalls zur Probe einzufinden.**

Die Spielleitung.

*** Baudelegierten-Sitzung.** Heute, Mittwoch, den 13. Mai, abends 7½ Uhr, findet im „Volkspart" eine Delegierten- und Vertrauensmänner-Sitzung statt. Die Delegierten und der Vorstand des Baugewerksbund sind besonders zu dieser Sitzung eingeladen. Jede Baustelle ist verpflichtet, mindestens einen Vertreter zu entsenden.

*** Das Volksbad an der Pulverweiden einschließlich Luft- und Sonnenbad** wird am 15. d. Mts. eröffnet. Die Badezeiten sind von früh 7 Uhr bis abends 8 Uhr. Sonntags bis 6 Uhr. An Wochentagen bis vormittags 9 Uhr und von mittags 12 Uhr, sowie an Sonntagen von früh bis mittags wird Eintrittsgeld nicht erhoben. Außer dieser Zeit kostet ein Einzelbad für Erwachsene 0,20 Mk., für Kinder 0,10 Mk. Außerdem werden an der Kasse Dauerkarten zu mäßigen Preisen abgegeben.

Verantwortlich: Max Lademann, Giesleben, für den redaktionellen Teil; für den Verlag und Anzeigenteil: Fritz Kroh, Halle, Erchenfeldstraße 14.

Große Funktionärsitzung morgen abend 8 Uhr im „Volkspart"

Sehr wichtige Tagesordnung. Alle Funktionäre haben zu erscheinen. Die Oberbezirksfunktionäre treffen sich bereits um ½8 Uhr im „Volkspart".

Ortsgruppe der KPD. Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250513-11/fragment/page=0007

Gewerkschaftsbewegung

Aufhebung aller die Massen belastenden Steuern

Diese Forderung des Offenen Briefes der KPD. an SPD und ADGB. ist von besonderer Wichtigkeit gerade für die Gewerkschaftsarbeit. Hält doch sogar der ADGB. die Stellungnahme zu Steuerfragen noch für eine der sonst von ihm reichlich eingeschränkten Gewerkschaftsaufgaben!

Besonders aktuell ist die Forderung in diesem Augenblick, weil der **Hindenburg-Minister Schlieben** bereits sein Steuerprogramm entwickelt hat, und dieses Programm — wie nicht anders zu erwarten — brutal, unverhüllt ausspricht, daß die **Dawes-Erfüllung** in der Weise forgesetzt und verschärft werden soll, daß bei der größten Begünstigung der besitzenden Klasse **die Arbeitermassen immer schärfer gedrückt** werden.

Der neue Steuerentwurf sieht eine **Herabsetzung der Einkommensteuer für die Nicht-Lohnempfänger,** besonders für die Konzerne, Kartelle, Syndikate, für die Schwerindustriellen, also die reichsten der Reichen, vor. Der Höchstbetrag der Einkommensteuer soll in Zukunft für Einkommen über 500 000 Mark nicht mehr 50 Prozent sein, sondern 33 Prozent. Weiter wird für diese „Armen" die **Erbschaftssteuer, die Kapitalverkehrssteuer, die Börsenumsatzsteuer** herabgesetzt.

Die **Lohnsteuer** und die Preise verteuernde **Umsatzsteuer bleiben indes in voller Höhe bestehen.** Dazu kommt, um den Verlust auszugleichen, den der Reichssäckel durch die Herabsetzung der Steuern für die Reichen erleidet, eine **Verdoppelung der Biersteuer** und **50 Prozent Erhöhung der Tabaksteuer.** Eine weitere Einnahme soll durch Einführung des **Zolltarifes** geschaffen werden, der neue **Preissteigerung aller Waren** bedeutet.

Der **ADGB.** hat im März d. J., anläßlich einer sozialpolitischen Kundgebung der Spitzenorganisationen Stellung zu dem Steuerskandal genommen und nach einem Referat von **Fritz Tarnow** eine Entschließung angenommen, in der von dem Elend der breiten Massen und u. a. von **„Wegsteuerung der Inflationsgewinne", „merkbarer Herabsetzung des steuerlichen Einkommenteils und eine für die niedrigen Einkommen günstigere Staffelung des Tarifs"** die Rede ist.

Eine solche Forderung, wie „Wegsteuerung der Inflationsgewinne", zeigt sehr klar, wie wenig ernst es dem ADGB. um seine Entschließungen und Forderungen ist. Denn wollte er sie durchführen, so müßte er einen wirklichen Kampf um die **Enteignung der großen Ländereien und Fabriken** führen, wie das die von ihm bekämpften Kommunisten fordern. Aber auch im Parlament hat die SPD. mitsamt den Gewerkschaftsführern, bereits wieder gezeigt, daß sie nicht die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Als die Kommunisten kürzlich, unter Hinweis auf die Begünstigungen der Bourgeoisie, auf die Vermögen und Staatsrenten der früheren Fürsten und Könige, die **Beseitigung der Lohnsteuer** beantragten, stimmte diese Gesellschaft, zusammen mit ihren kapitalistischen Koalitionsfreunden den Antrag nieder! Und selbst die Märzforderungen des ADGB. sind längst wieder in der Versenkung verschwunden.

Die KPD. hat den ADGB. vor der gesamten Arbeiterschaft beim Wort genommen und bestimmte Forderungen zur nächsten Bekämpfung der vom ADGB. und SPD. so beschreienen monarchistischen Gefahr aufgestellt, darunter den **Kampf gegen alle das Proletariat treffenden Steuern.** ADGB. wie SPD. wollen den Kampf nicht aufnehmen, in den Gewerkschaften und Betrieben ziehen sie statt des Kampfes die übelste Kommunistenhetze auf. An den Gewerkschaftsmitgliedern liegt es, daß trotzdem volle Klarheit über die Steuerausplünderung der Massen und die Schonung der Besitzenden herrscht und daß **eine starke Kampffront für die Forderungen des Offenen Briefes** sich bildet.

Protestversammlung gegen die Wiedereinführung der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien und Konditoreien

Zum 3. Mai hatte der **Verband der Nahrungs- und Genußmittelarbeiter** in Zeitz eine Protestversammlung gegen die Wiedereinführung der Nacht- und Sonntagsarbeit einberufen. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung konnte die Versammlung besser besucht sein.

Bezirksleiter Hesler-Mannheim, war als Referent erschienen und zeigte den Kollegen ein klares Bild von dem langen und zähen Kampf, der um diese Forderung geführt worden ist. Jetzt versuchen die Unternehmer wieder mit allen Mitteln das Nachtbackverbot zu beseitigen. Alle standen aber auf dem Standpunkt, daß das **mit allen Mitteln verhütet werden** muß. Es wurde eine Resolution einstimmig angenommen, die sich scharf gegen die Wiedereinführung wandte.

Kollegen, Resolutionen allein werden nichts helfen, sondern es muß nun unsere Aufgabe sein, daß wir uns restlos in der freien Gewerkschaft organisieren und den **Kampf wirklich aufnehmen** gegen Nacht- und Sonntagsarbeit, **für den Achtstundentag,** für Lohnerhöhungen, für menschenwürdige Behandlung!

Der Zentralrat der Gewerkschaften Rußlands zur internationalen Einheit der Gewerkschaftsbewegung

In der **Vollsitzung** des allrussischen Zentralrats der russischen Gewerkschaften vom 30. April d. J. berichtete **Tomsky, über die in London stattgefundene Konferenz der englischen und russischen Gewerkschaften.**

Nach der lebhaften Diskussion über die Arbeit und dem Schlußworte Tomskys wurde unter stürmischem Beifall eine Resolution angenommen, in der die Schritte zur Herbeiführung einer gemeinsamen Konferenz gebilligt wurden. Dann wird festgestellt, daß der allrussische Zentralrat der Gewerkschaftsverbände bei seiner Kampagne die Einheit seitens der Amsterdamer Internationale nicht die gebührende Aufrichtigkeit gefunden habe, seinem Wunsche entgegengenommen, und daß Grund besteht zu der Annahme, daß die Mehrheit des Generalrats der Amsterdamer Internationale in Wirklichkeit nicht nur die Einheit nicht will, sondern jeglicher Gemeinschaft mit den Gewerkschaften Sowjet-Rußlands ausweicht. Nichtsdestoweniger aber bleibt der allrussische Zentralrat der Gewerkschaften bei seiner früheren Haltung und ist bereit, zu einer **gemeinsamen Konferenz mit Amsterdam über die Frage der Einheit der internationalen Gewerkschaftsbewegung.** Der allrussische Zentralrat hebt deshalb mit besonderer Befriedigung die Herstellung und Festigung brüderlicher Bande zwischen der Gewerkschaftsbewegung Sowjet-Rußlands und Englands als einen unzweifelhaften Erfolg der Sache der Einheit hervor.

Das Plenum des allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften beschließt:

a) eine Kommission des Zentralrats für Auswärtiges aus zwölf Mitgliedern zu wählen, darunter den Vorsitzenden und den Sekretär des Zentralrats;

b) seine Vertreter in das gemeinsame Beratungskomitee der Gewerkschaftsbewegung Englands und Sowjet-Rußlands zu wählen und zwar den Vorsitzenden und den Sekretär des allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften, sowie drei Mitglieder;

c) die Wahl sofort vorzunehmen;

d) der Kommission des Zentralrats für Aeußeres den Auftrag zu geben, auf der Grundlage der Arbeiten der Gewerkschaftskonferenz Englands und Sowjet-Rußlands, sowie der Beschlüsse dieses Plenums, die Antwort an die Amsterdamer Internationale auszuarbeiten.

Bei den vorgenommenen **Wahlen zur englisch-russischen Beratungskommission** wurden **Tomsky, Dogadoff, Melnitschansky, Andrejew** und **Lepse** gewählt.

In die **Kommission des allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften für Aeußeres** wurden gewählt: **Tomsky, Dogadoff, Melnitschansky, Andrejew, Lepse, Losowsky, Figtner, Michailow, Glebossf-Awilow, Tschernyscheff Schwarz** und **Kutusoff.**

Wenn Amsterdam sabotiert, rufen die englischen Gewerkschaften zur internationalen Einheitskonferenz

London. Das Bureau des Generalrates des britischen Gewerkschaftskongresses veröffentlicht den offiziellen Bericht über die vom 6. bis 8. April abgehaltene Konferenz mit den Vertretern des allrussischen Gewerkschaftsrates. Wie bereits früher gemeldet, wurde beschlossen, daß englischerseits dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam der Vorschlag unterbreitet werden soll, unverzüglich eine Konferenz mit Vertretern des allrussischen Gewerkschaftsrates einzuberufen, um die Frage der Vereinigung der internationalen Arbeiterbewegung zu erörtern.

Sollte das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes sich nicht entschließen können, eine solche Konferenz einzuberufen, dann wird der Generalrat des britischen Gewerkschaftskongresses die Konferenz einberufen und sich bemühen, die internationale Einigkeit durch vermittelnde Aktion zwischen der russischen Bewegung und dem Amsterdamer Bureau zu fördern.

Die russische Delegation erklärte dem Bericht zufolge, sie werde bei der nächsten Sitzung des allrussischen Gewerkschaftsrates die Erklärung der britischen Vertreter vorlegen und zur Genehmigung anempfehlen. Am Schlusse des Berichts wird gesagt, die Angelegenheit werde binnen kurzem in Amsterdam besprochen werden.

Eisenbahner, auf zur Verbandstagswahl!

Am Sonntag, **dem 17. Mai,** und Montag, **dem 18. Mai,** finden in allen Verwaltungs- und Zahlstellen des Deutschen Eisenbahner-Verbandes die **Wahlen zum Verbandstag** statt, der am 21. Juni 1925 in Köln tagt.

Die Opposition im DEV. kämpft dafür, daß die Eisenbahnergewerkschaft wieder zurückkehrt auf den **Boden des Klassenkampfes** und tatsächlich das Interessenorgan der Eisenbahner wird.

Die Opposition kämpft **gegen die Spaltungspolitik des Hauptvorstandes,** der die wahren Interessenvertreter der Eisenbahner aus dem Verband ausgeschlossen und ganze Zahlstellen aufgelöst hat. Sie kämpft für die

Herstellung der gewerkschaftlichen Einheit

im Interesse der klassenbewußten Arbeiterschaft. Die Opposition kämpft für die Lebensinteressen der Eisenbahner. **Für ausreichenden Lohn und Gehalt. Für den uneingeschränkten Achtstundentag.**

Die Opposition kämpft Schulter an Schulter mit der einzigen Arbeiterpartei, der KPD., **gegen den Dawes-Plan,** der insbesondere die Verstlavung der Eisenbahner mit sich bringt und zum Teil schon gebracht hat.

Die Opposition ruft alle Eisenbahner auf, sich geschlossen **für die Forderungen des Offenen Briefes der KPD.** einzusetzen, durch verstärkten Zusammenschluß eine Plattform unter den Eisenbahnern zum Kampf gegen die kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Die Verbandstagswahl soll ein Auftakt sein! Es gilt, durch systematische Arbeit Aufklärung in jeden Betrieb zu tragen. **Der 17. und 18. Mai ist ein Kampftag** für die Eisenbahner. Der letzte Kollege muß zur Wahl erscheinen und seine Stimme **dem Kandidaten der Opposition** geben.

Die Eisenbahner, Mitglieder des DEV., wählen **Wahlabteilung 48** (Halle, Bitterfeld, Marktranstädt, Raguhn, Roßlau, Zerbst) den Kollegen

Kurt Kempe, Eisenbahnarbeiter, Halle.

Wahlabteilung 49 (Senftenberg, Delitzsch, Eilenburg, Falkenberg, Gräfenhainichen, Liebenwerda, Muldenstein, Pretsch, Torgau, Uebigau, Wittenberg, Zahna und Zschortau) den Kollegen

Paul Kotze, Eisenbahnarbeiter, Delitzsch.

Wahlabteilung 68 (Belleben, Güsten, Hettstedt, Mansfeld und Wippra) den Kollegen

Friedrich Cille, Eisenbahnarbeiter, Güsten.

Eisenbahner vor die Front! Jeder muß seine Pflicht tun.

Die Bezirksfraktionsleitung der oppositionellen Eisenbahner.
Bezirk Halle-Merseburg.

Achtung, Gemeinde- und Staatsarbeiter! Verbandstagswahl

Der Vorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes schreibt in der neuesten Nummer „Die Gewerkschaft", Nr. 19, die Delegiertenwahl zur Verbandsgeneralversammlung, die am **2. August d. J.** in Frankfurt a. M. stattfindet, aus. Die Delegierten werden durch **Urwahl** gewählt.

Die Wahl findet am 20., 21. und 22. Juni statt. Jedoch müssen die **Kandidaten-Vorschläge spätestens am 23. Mai in Händen** des **Hauptvorstandes** sein, und zwar werden die Kandidaten in den zu diesem Zweck anzuberaumenden Versammlungen bzw. Konferenzen erfolgen. Auf durchschnittlich 1000 Mitglieder entfällt ein Delegierter.

Die **Wahlkreiseinteilung** erfolgt so, daß Filialen mit mehr als 600 Mitgliedern einen selbständigen Wahlkreis bilden. Es kommen hierbei nach dem Ausschreiben 48 Großstädte mit 114 Delegierten in Betracht. In Filialen mit mehr als 5 Delegierten (Berlin 21, Hamburg 19 und Dresden 6) sind Unterwahlkreise (Betriebe oder Gruppen gleichartiger Betriebe mit mehr als 600 Mitgliedern) einzuteilen, die ihre Kandidatur selbständig aufstellen und selbständig wählen. Kleinere Filialen unter 600 Mitglieder werden zu weiteren 55 Wahlkreisen bis zu der Größe von 1000 Mitglieder mit je einem Delegierten zusammengefaßt. Bei der späten Ausschreibung und daher kurzen Frist zur Kandidatenein reichung ist notwendig, daß alle unsere Genossen, soweit das noch nicht geschehen ist, in ihren Betrieben und Ortsvereinen

sofort zu der Wahl bzw. Aufstellung der Kandidaten Stellung nehmen.

Zu achten ist vor allem darauf, daß unter keinen Umständen oppositionelle Kandidaten gegeneinander kandidieren, d. h. daß nicht mehr oppositionelle Kandidaten vorgeschlagen werden, als Delegierte zu wählen sind. Unsere Genossen müssen sich überall, speziell in den aus mehreren Filialen zusammengelegten Wahlkreisen dahingehend verständigen, daß sie auf den wahrscheinlich stattfindenden Gau- oder Wahlkreiskonferenzen bzw. Generalversammlungen in den großen Filialen einheitlich vorgehen. Jeder Genosse ist verpflichtet, die in der „Gewerkschaft", Nr. 19, vom 8. Mai veröffentlichten Wahlbestimmungen aufs genaueste durchzusehen.

Genossen, höchste Eile und gewissenhafte Arbeit ist notwendig. Tue jeder seine Pflicht, um so größer wird der Erfolg sein.

Achtung, Tischler!

Bei Schröder & Förster ist Streik ausgebrochen. Uebt strengste Solidarität!

Aus dem Rußland-Bericht der englischen Gewerkschaftsdelegation

(Fortsetzung.)

Mitgliedern unserer Delegation, die in Rußland viele Jahre vor dem Kriege gewohnt hatten, fielen andere Veränderungen auf. Die verbesserte Reinlichkeit im Vergleiche mit den Vorkriegstagen bei Gebäuden wie bei Speisehallen und selbst Toiletten, die von den Bauern und der Arbeiterklasse benützt wurden, waren stark bemerkbar. Die Stationen und die Stationsgebäude waren gänzlich frei von den Anhäufungen von Zigarettenresten und den Schalen von Sonnenblumenkernen, ebenso von der Entblößung der Wände, die vor dem Kriege so sehr vorherrschten. Einen weiteren Eindruck erhielten wir in der Unterredung mit den Angestellten des Eisenbahnwagens, in dem unsere Delegation reiste. Diese Schaffner und andere Angestellte waren jetzt Staatsangestellte. Wir reisten mit drei Regierungsbeamten, und trotzdem diskutierten die Angestellten frei über die Bedingungen, unter denen sie [illegible] gaben offen ihre persönlichen Einwendungen in bezug auf einige Einschränkungen, unter denen sie arbeiteten, bekannt. Dies bietet einen Gegenbeweis für den Gedanken, daß Aeußerungen dieser Art in Sowjet-Rußland gefährlich oder unflug wären.

Bei unserer Ankunft in Moskau wurden wir von den Beamten des Russischen Zentralgewerkschaftsrates empfangen, und nachdem wir uns im Hotel eingerichtet hatten, wurden wir zum Sechsten Kongreß der Gewerkschaften der Sowjetunion geführt. Diesem Kongreß wohnten 843 Delegierte bei, die eine Mitgliedschaft von ungefähr sechs Millionen Gewerkschaftern in der ganzen Sowjetunion vertraten. Wir bemerkten eine große Verschiedenheit der Typen und Temperamente, was angesichts der Tatsache, daß die Sowjetunion eine Bevölkerung von ungefähr 130 Millionen mit 120 bis 130 verschiedenen Nationalitäten umschließt, begreiflich sein wird. Die Ankunft der Britischen Delegation rief große Begeisterung hervor. Drei Redner wurden dazu bestimmt, im Namen der Delegation zu sprechen, der Vorsitzende A. A. Purcell, der Sekretär Fred Bramley und Ben Tillett. Die Reden wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt, und die Anschauungen, die bei der Ueberbringung der brüderlichen Grüße der englischen Gewerkschaftsbewegung zum Ausdruck kamen, wurden von dieser bemerkenswerten Versammlung voll und ganz unterstützt.

Der Gewerkschaftskongreß wurde in einem Gebäude abgehalten, das als das „Gewerkschaftshaus" bekannt ist, ein prächtiges Gebäude, das den Moskauer Gewerkschaftsorganisationen von den Sowjetbehörden zur Verfügung gestellt worden ist. Es war früher als der Adelsklub bekannt und vom russischen Adel als eines seiner Hauptzentren für Empfänge und Unterhaltungen benützt einschließlich solcher, die als Schwelgereien im großen Maßstabe beschrieben werden könnten. Der Kongreßsaal war prächtig beleuchtet und innen und außen für den Kongreß geschmückt. An jeder Seite des Gebäudes befanden sich große weiße Säulen mit geschnitzten Sockeln, und diese Säulen waren mit rotem Tuch künstlerisch geschmückt, auf denen verschiedene Inschriften in der Form von Erklärungen der Grundsätze und der Politik der Sowjets gedruckt waren.

Wir wurden später in diesem Gebäude herumgeführt, das die Kanzleien und den Klub des Moskauer Gewerkschaftsrates enthält und in dem ein großer Teil der Gewerkschaftstätigkeit in Verbindung mit der Gewerkschaftsorganisation durchgeführt wird. Die Räume waren in vollkommener Ordnung und Reinlichkeit gehalten, und in den Gängen bemerkten wir einige großartige Kunstwerke in Metall, Marmor und Stein. An den Wänden hingen viele schöne Bilder, von denen manche die alte Ordnung darstellen, und andere, von revolutionären Künstlern gemalte, in lebhafter Form die wichtigsten Vorfälle der Revolution und die Ziele der russischen Demokratie beschrieben.

Wir wurden in das Zimmer des Rates geführt, wo die Adeligen unter dem alten Regime ihre Zusammenkünfte gehalten hatten und in dessen Mitte sich ein runder Tisch befand, um den prächtig geschnitzte Stühle standen, von denen jeder einzelne mit dem Wappen des Großfürsten oder anderer Aristokraten geschmückt war, die den Stuhl besetzt hatten.

Es ist unsere Pflicht, hier unseren Eindruck wiederzugeben, daß die Kunstwerke in diesem Zentrum und in allen anderen Zentren der Gewerkschafts- und Regierungstätigkeit von den Behörden ganz besonders sorgfältig gehütet werden, ob nun diese Schätze die alte Ordnung darstellen oder die neue. Man weiß nichts von Mißbräuchen, und den künstlerischen Schöpfungen, die von der neuen Gesellschaftsorganisation in Rußland übernommen worden sind, wird alle Ehrfurcht erwiesen.

Die Delegation besuchte auch das Mausoleum, in dem sich der Leib Lenins noch befindet und legte im Namen der britischen Gewerkschaften einen eigenen Kranz nieder, um unsere Ehrfurcht vor dem verschiedenen Führer zum Ausdruck zu bringen. Dieser Begräbnisort Lenins ist dicht an den Kremlmauern errichtet und bildet ein eindrucksvolles und tragisches Denkmal der Revolution.

Während wir in Moskau waren, wurden wir Zeugen einer ungeheuren Kundgebung von Gewerkschaftsabordnungen mit Musikkapellen und Fahnen, die an der eigens vor dem Kongreßsaal errichteten Tribüne vorbeischritten, auf der sich die britische Delegation und andere Gewerkschaftsvertreter befanden. Der ungeheure Platz war mit tausenden Arbeitern erfüllt, die grenzenloser Begeisterung und Interesse für unsere Delegation Ausdruck verliehen. Der Vorbeimarsch war ein prachtvoller Anblick. Ungeheure Bataillone von Arbeitern mit Bauern verschiedener Art, von denen viele schöne Kunstwerke in Tuch, Gold und Metall darstellten. Dies vermittelte uns die Kenntnis, daß Kunst und Handwerk mit den revolutionären Gefühlen, die jetzt das russische Volk beflügeln, eng verbunden sind.

Die bescheidenste Schätzung dieser Kundgebung ging darauf hinaus, daß sich mindestens 100 000 Leute versammelt hatten, um der britischen Delegation einen gemeinsamen Empfang zu bereiten. Die von den britischen Vertretern gehaltenen Reden wurden gut aufgenommen.

Wir wohnten am Morgen unseres ersten in Rußland verbrachten Sonntags einer Kundgebung von ganz besonderer Art bei. Die Delegation wurde zusammen mit russischen und anderen am Kongreß teilnehmenden Vertretern eingeladen, die Manöver der besonderen Kavallerieabteilung der Roten Armee zu besichtigen, die als die Budjenny's bekannt ist. Budjenny, der Höchstkommandierende, ist als ein berühmter Kavallerieführer bekannt. Der Ehrenobersten dieses Regiments ist das Präsidium des Zentralen Gewerkschaftsrates, und durch Vertreter des Bataillons werden Berichte vom Regiment an den Kongreß direkt erstattet, gleich wie Berichte von anderen Abteilungsarbeiten, die sich unter der Kontrolle des Rates befinden, erstattet werden. Die Kavallerie gab uns einige wunderbare Vorführungen von Reitertum und militärischer Bewegung, und die Handhabung der Artillerieausrüstung war für die Vertreter der britischen Arbeiter eine neue Erfahrung.

Wir waren hier Zeugen von Operationen der ersten disziplinierten bewaffneten und ausgebildeten Kräfte, die zur Verteidigung von Einrichtungen der Arbeiterklasse geschaffen und permeiert werden, einer wichtigen Abteilung einer Armee von wohlausgerüsteten, geschickten und wohlgeübten Soldaten, die von den Arbeitern selbst erhalten, organisiert und kontrolliert werden, und die unter den Befehlen ihrer Offiziere handeln, die von Organisationen der Arbeiterklasse ernannt und anerkannt werden. Wir sind nicht ganz sicher, was jene, die in Großbritannien in Organisationen vereinigt sind, die als pazifistisch bekannt sind, über diese Kundgebung sagen würden. Sie scheint jedoch eine unumgängliche Notwendigkeit zu sein, soweit die russische Republik in Betracht kommt. In Rußland wird jede Vorsorge von den in Amtsstellen befindlichen und für das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben im Lande Verantwortlichen getroffen, um für die Verteidigung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung gegen alle Feinde einschließlich der Gefahr der Gegenrevolution und Angriffe auf den Sowjetstaat von außen entsprechende Vorsorge zu treffen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019250513-11/fragment/page=0008